

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278.

Freitag, den 27. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neuen Steuerprojekte.

V.

4. Die Tabaksteuer.

„Der Tabak muß bluten“ — das ist der ewige Refrain derer, die die Finanznöte durch indirekte Steuern kürzieren wollen, schon seit anderthalb Jahrzehnten. Zum Glück sind die Anläufe im Jahre 1893 und 1895 fehlgeschlagen. Die bürgerlichen Parteien haben eben doch nicht den Mut gefunden, den Interessen sowohl der Konsumenten, als der gewaltigen Zahl der in der Zigarrenfabrikation beschäftigten Arbeiter und der Kleinrentner zuwider zu handeln. Leider aber haben sie sich verhalten lassen, die Zigarettensteuer im Jahre 1905 zu bewilligen. Damit haben sie der Regierung den kleinen Finger gereicht, und sie greift jetzt nach der ganzen Hand. Mit nicht übel gespielter Naivität schreibt Herr Sydow in der Begründung:

Denn es kann doch wohl nicht als ein gerechter Zustand bezeichnet werden, wenn die allerbilligsten Zigaretten, nach dem Gewicht berechnet, mehr als doppelt so hoch von der Steuer getroffen werden wie die teuersten inländischen Luxuszigarren und etwa ebenso hoch wie die feinsten Importzigarren.

Vor Tische las man es anders! Als es sich darum handelte, die Zigarettensteuer durchzudrücken, verkrochen Regierung und Parteien sich hinter dem Vorwand, die Zigarette sei ein Luxusartikel; jetzt soll die Belastung der billigen Zigarette den Vorwand zur „ausgleichenden Gerechtigkeit“ bieten, auf daß die Zigarette besteuert wird. Bald so, bald so — wie's trifft! — Nun, die Konventionen brauchen nicht viel, um sich „überzeugen“ zu lassen, und der Blockfresser kriecht der Regierung aus der Hand. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Arbeiter mit aller Wucht sich dem Projekte entgegenwerfen. Denn was die Regierung jetzt plant, ist ungleich gefährlicher, als alle bisherigen Vorschläge in bezug auf die Belastung des Tabaks.

Bisher besteht eine Rohabaksteuer auf inländischen Tabak in der Höhe von 45 Mark pro Doppelzentner; der Zoll auf ausländischen Tabak beträgt 85 Mk. pro Doppelzentner; dazu kommt seit 1906 die Steuer auf Zigaretten, Zigarettenabak und Zigarettenpapier. Die Erträge dieser Steuern waren im Durchschnitt der letzten zehn Jahre: Rohabaksteuer 12,4 Millionen, Tabakzoll 56,8 Millionen. Unter Hinzurechnung des Zolles für eingeführte Zigaretten und Abzug der Rückvergütungen bei der Ausfuhr sind es rund 70 Millionen Mark. Dazu kommt die Zigarettensteuer, die 1907 rund 15 Millionen Mark brachte. Statt dieser 85 Millionen möchte nun Herr Sydow 162 Millionen heraus schlagen, 77 Millionen Mark mehr.

Er schlägt vor:

1. Die inländische Rohabaksteuer bleibt unverändert — 45 Mk. pro Doppelzentner;
2. der Zoll für eingeführten Rohabak bleibt unverändert — 85 Mk. pro Doppelzentner, aber die Zölle für Fabrikate werden erhöht: für bearbeitete (entrippte) Tabakblätter von 180 auf 250 Mk., für Pfeifen-, Rau- und Schnupftabak von 180 auf 300 Mk., für Zigaretten von 270 auf 700 Mk., für Zigaretten von 700 auf 1000 Mk. pro Doppelzentner;
3. es wird eine Fabriksteuer auf Tabakerzeugnisse (hauptsächlich Zigaretten) eingeführt;
4. die bestehende Zigarettensteuer wird stark erhöht.

Die Erhöhung der Einfuhrzölle ist absolut sinnlos. Die Einnahme wird dadurch nicht erhöht, sondern der Entwurf rechnet im Gegenteil mit einer Verminderung der Zolleinnahmen um mehr als 2 Millionen Mark. Von „Schub“ ist aber keine Rede, weil nun einmal in Pommern und Brandenburg kein Havanna-Kraut wächst, die Einfuhr von billigen Tabaksorten, mit denen das inländische Gewächs konkurrieren kann, ist schon heute ganz ausgeschlossen, da ja die Spannung zwischen Steuer und Zoll 40 Mk. pro Doppelzentner beträgt. Die Erhöhung des Zolles auf bearbeitete (entrippte) Tabakblätter soll angeblich dazu führen, daß diese Arbeit im Inlande ausgeführt wird. Sachverständige des Handels sind indessen anderer Ansicht: manche Sorten sind in unentwickeltem Zustande in den Herkunftsändern überhaupt nicht zu haben, und daher wird die Zollserhöhung nur zu einer ganz überflüssigen Erschwerung des Handels führen.

Aber die geplante Erhöhung der Sätze der Zigarettensteuer sind nicht viel Worte zu verlieren: sie bedeutet eine ganz unverantwortliche Verteuerung des Konsums. Herr Sydow behauptet, die Steuer habe den Konsum nicht vermindert. Das mag stimmen oder nicht stimmen (Belege werden nicht beigebracht), aber die Sachverständigen sind der Ansicht, daß die Qualität der gerauchten Zigaretten

stark herabgemindert wurde. Die Belastung würde nach dem Entwurf für die billigsten Sorten 15 Prozent betragen und für die gebräuchlichsten Sorten im Preise von ungefähr 2 1/2 Pfg. 24 Proz.

Der Schwerpunkt liegt in der Zigarettensteuer, die neu eingeführt werden soll. Diese Steuer soll pro 1000 Stück betragen für Zigaretten, deren Kleinverkaufspreis beträgt:

	bis 4 Pfg. das Stück	4 Mk.
über 4	7	8
7	13	16
13	25	32
25	50	64
50		96

Das ist eine überaus hohe Belastung, denn sie beträgt 10 bis 18 Prozent.

Wohlgemerkt: diese Belastung kommt zu der bereits bestehenden, durch Tabaksteuer und Zoll verursachten Belastung, hinzu. — Wie hoch die letzte ist, ergibt sich aus folgender Berechnung: 1000 Zigaretten von Durchschnittgröße wiegen 6 Kilogramm; ein Kilogramm Tabak kostet Steuer: inländischer Tabak 45 Pfg., ausländischer 85 Pfg.; folglich lasten auf 1000 Zigaretten $6 \times 45 = 2,70$ bis 6×85 gleich 5,10 Mk. Tabaksteuer. Nehmen wir an, daß zur Verarbeitung der 5 Pfg.-Zigaretten ein Drittel ausländischer und zwei Drittel inländischer Tabak verwendet werden, so würde die Steuer betragen für 1000 Stück: 3,50 Mk. Tabaksteuer und 8 Mk. Fabriksteuer, gleich 11,50 Mk.; bei einem Preise von 50 Mk. macht das 23 Proz. Die billigste Zigarette, die „Giftnudel“ zu 2 Pfg. das Stück, würde gar mit 33,50 Prozent belastet sein (Tabaksteuer $6 \times 45 = 2,70$ Mk. und Fabriksteuer 4 Mk. = 6,70 Mk. bei einem Preise von 20 Mk. für 1000 Stück). Das sind ganz unerhörte Steuersätze.

Recht charakteristisch ist, daß die Steuer hauptsächlich von den Unbemittelten getragen werden soll. Der Entwurf rechnet mit einer Einnahme von 22 500 000 Mk. aus der Zigarettensteuer und 74 800 000 Mk. aus der Zigarettensteuer, zusammen 97 300 000 Mk. Davon würden auf die Zigaretten bis zu 3 1/2 Pfg. pro Stück 16 200 000 Mk. entfallen, auf die Zigaretten bis zu 7 Pfg. pro Stück 53 200 000 Mark, also zusammen auf die billigen Sorten 69 400 000 Mark, dagegen auf die teuren Sorten 27 900 000 Mark. Das heißt, 72 Prozent würden die Unbemittelten aufbringen, 28 Prozent die Reichen — Es bestätigt sich aber auch hier wieder: die indirekten Steuern zahlt stets die große Volksmasse, die am schwersten ums Dasein zu kämpfen hat. Deshalb eben nannte Lassalle das System der indirekten Steuern ein infames System.

Nun wird von den Sachverständigen betont, daß die Gefahr besteht, die Steuer könne wenigstens zum Teil auf die Arbeiter der Zigarrenindustrie abgewälzt werden. Der Fabrikant wird sicher versuchen, die Preise auf Kosten der Arbeiterlöhne herabzusetzen, und es kann sich nur fragen, ob die Organisation der Arbeiter stark genug sein wird, den Versuch zu vereiteln.

Dazu kommt ein eigenartiger Umstand, der in dem Charakter des Konsums wie der Produktion begründet ist: die Konsumenten werden, um der Mehrbelastung ihres Budgets zu entgehen, zu billigeren Sorten greifen. Aber es ist der Verdienst der Zigarrenarbeiter um so geringer, je geringer die Sorte ist, die sie herstellen. Das ist sehr erklärlich: die Fabrikation guter Zigaretten erfordert geübte Arbeiter, weil die Ausführung sorgfältig sein muß und weil mit dem teuren Material äußerst sparsam umgegangen werden muß; die geübten Arbeiter aber sind die einzigen, denen es möglich ist, mit ihren Lohnforderungen durchzudringen, während der Andrang von wenig geübten Arbeitern so riesengroß ist, daß hier der Widerstand gegen die Lohnrückerei viel schwerer ist.

Herr Sydow versucht allerdings, über diesen Einwand hinwegzusehen. Mit einem faulen Witz glaubt er in seiner Rede die Gefahr, daß die Konsumenten zu billigeren Sorten greifen werden, abstreiten zu können. In seiner Rede behauptet er:

Wenn der Raucher seine Zigarette nicht zu dem bisherigen Preise bekommen wird, wird er erst zu einem niedrigeren Preise übergehen, dann wird er finden, daß mit der billigeren Sorte nur ein recht mäßiger Genuß verbunden ist und wird zu der alten teureren Sorte zurückkehren und sich vornehmen, eine weniger zu rauchen. Wie lange dieser Entschluß vorhalten wird, können wir auch abwarten.

Die Männlein im Reichstage belächeln diese Plättchen. Was beweist das? Doch nur, daß Herr Sydow alles vom Standpunkte des Bourgeois beurteilt und damit bei den bürgerlichen Parteien auf Einverständnis hofft. Es stimmt: der Bourgeois wird einfach mehr für die Zigaretten ausgeben, er wird die Steuer tragen, weil er es sich leisten kann. Aber gibt denn der Bourgeois den Ausschlag? In dem Material, das Herr Sydow dem Reichs-

tage unterbreitet, befindet sich auch der Nachweis, daß von dem gesamten Quantum der in Deutschland verbrauchten Zigaretten nur 3 1/2 Prozent auf die Sorten im Preise von 10 Pfg. und mehr entfallen, dagegen 89 Prozent auf die Sorten unter 6 Pfg. das Stück, und 7 1/2 Prozent auf die Sorten zwischen 6 und 10 Pfg. Also auf 3 1/2 Prozent des Konsums trifft das zu, was Herr Sydow in seiner Sorglosigkeit behauptet. Die Raucher aber, die gezwungen sind, die billigen Sorten zu kaufen, die 96 1/2 Prozent des gesamten Quantums verbrauchen, die sind eben nicht imstande, die satte Ministerlogik zu befolgen, die brauchen nicht erst durch die Kapuzinaden eines Bülow zur Sparsamkeit erzogen zu werden, sondern sie werden sparen, weil sie müssen.

Die Mägden des Herrn Sydow und das billige Lachen derer vom Block beweist also nur, daß sie ihrer selbst spotten, während es den Tabakarbeitern verflucht ernst bei der Sache ist. Und es ist eine ganze Armee von Arbeitern, deren Interessen getroffen werden. Nach der Werberzählung von 1895 waren 153 000 Personen in der Tabakindustrie beschäftigt, zurzeit dürften es an 180 000 sein.

Und noch ein weiteres kommt hinzu: die Erhebung der Steuer ist ungemein verzwickelt. Ähnlich wie bei der Weinsteuer soll ein kompliziertes System der Überwachung eingeführt werden. Die Verpflichtung des inländischen Herstellers, die Besteuerung seiner Erzeugnisse herbeizuführen, beginnt mit der Herstellung — heißt es im Gesetzentwurf. — Sind an der Herstellung der Erzeugnisse mehrere Betriebe nacheinander beteiligt, so geht diese Verpflichtung auf jeden folgenden an der Herstellung beteiligten Betriebsinhaber über. Dazu kommen dann ganze Bündel Paragraphen über die Lagerung des Tabaks und der Zigaretten, über die Buchführung, über die Anzeigepflicht und die Kontrolle. — Nun ist die Tabakindustrie stark dezentralisiert. Die Zahl der „Einzelbetriebe“ (d. h. derjenigen, in denen nur der Besitzer tätig ist, beträgt 3300), die Zahl der Heimarbeiter wird auf 36 300 geschätzt. Dabei sind die Verhältnisse sehr kompliziert, die Ware geht oft durch die Hände verschiedener Heimarbeiter, ehe sie fertig ist, und es ist gar nicht abzusehen, wie unter diesen Umständen den Anforderungen des Gesetzes Genüge geschehen soll. Herr Sydow allerdings geht auch über diese Frage mit einigen Pfaffen hinweg: es wird sich schon machen! Sachverständige aber, sowohl Fabrikanten als Arbeiter, erklären, es ließe sich eben nicht machen, und die unfehlbare Folge würde sein, daß die Heimarbeit und der Kleinbetrieb unbedingt aufhören müßten, wenn die Fabriksteuer eingeführt wird; die Fabrikanten würden gezwungen sein, den Betrieb zu konzentrieren. — Nun kann man sehr wohl der Meinung sein, daß die Aufhebung der Heimarbeit ein Segen sein würde, denn ihr Bestehen ist eine der Ursachen der niedrigen Löhne der Tabakarbeiter. Aber eine derartige künstlich und gewaltsam durch die Steuer in das Gewerbe hineingetragene Revolution müßte zu einer Katastrophe führen. Viele Tausende von Heimarbeitern würden plötzlich brotlos werden, zumal wenn, wie zu befürchten ist, bei Einführung der Steuer der Konsum zurückgehen würde.

Das allein ist Grund genug, warum die Steuer in dieser Form nie und nimmer Gesetz werden darf.

Und doch besteht die Gefahr, daß die Blockmehrheit des Reichstages dem Projekte zustimmt. Deshalb gilt es, dem vorzubeugen: es muß den Messieurs, die beim Hottentottenummel die Stimmen der Wähler ergattert haben, klar gemacht werden, daß man sie moralisch löcheren wird, wenn sie sich unterstehen, derart die Interessen der Konsumenten und der Tabakarbeiter preiszugeben. Von unseren Genossen im Reichstage aber erwarten wir, daß sie sich einem solchen Steuergerese mit allen Mitteln widersetzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Steuerdebatte fünfter Tag.

Der Reichstag, dessen Mehrheit garnicht schnell genug die Besprechung der Grundrentabgabe schließen konnte, wandte sich am Donnerstag wieder der Besichtigung des Sydow'schen Steuerbucketts zu. Die Redner sämtlicher Parteien haben bereits gesprochen und so wäre den Rednern zweiter Serie eine Nachlese übrig geblieben, wenn nicht die Frage der Verbindung von Verfassungsgarantien und Steuervorlagen nunmehr sich in den Vordergrund der Debatte gedrängt hätte. Bekanntlich hatte schon Genosse Seyer auf die unabwiesbare Notwendigkeit hingewiesen, beide Fragen in ihrem engen Zusammenhang zu betrachten und zu beurteilen. Durch große Entrüstung bei der Mehrheit des Blockes. Inzwischen hat sich jedoch ein Teil der Freisinnigen — natürlich nicht sowohl die sich Volks-

partei nennende Elise Müller, Kopsch, Fischbeck, Wiener, Müggau, als die innerlich doch nicht so ganz verbodenen Gruppen Schrader und Payer — auf das ABC der Verfassungsgeheimnisse besonnen und an dem Gedanken, die Waffe des Bewilligungsrechts zu benutzen, wenigstens genippt. Wohl weniger aus konstitutionellem Eifer, als aus Willow-Haf ventilerer jetzt auch das Zentrum den ursprünglich nur von unserer Fraktion vertretenen Gedanken. — Wie weit der Ernst des Zentrums geht, bleibe dahingestellt. Die Rede des aus den Sozialkämpfern wenig vorteilhaft bekannten Herrn Speck, den das Zentrum als zweiten Redner vorgeschickt hatte, wies im übrigen als Unterton ein fest begriffliches Hohnkühn der Ultramontanen über die Schwierigkeiten der Bülow'schen Blockpolitik auf. Scharf oppositionell gestimmt, ließ doch auch diese Rede, die sich vielfach in Einzelheiten verzettelte, die Hintertür offen, durch die der Kuhhandel einschleichen kann. — Die Rede des langbärtigen Agrargenossen Schwerin-Löwisch brachte außer einer nicht neuen und völlig belanglosen Verherrlichung der indirekten Besteuerung eine Bisspredigt an die Adresse derjenigen Freisinnigen, die wider den Blockstachel zu lächeln wagen, oder doch von solichem Wagnis träumen. Den ungezogenen Büben Schrader und Payer gegenüber wurden die blockfrommen Musterknaben Kopsch und Müller-Meinungen als leuchtendes Beispiel demüthiger Blockhingabe gepriesen. Die Sunker lehnen unter Vorwänden, die ins Gebiet der niederen Komik fallen, die Verfassungsgarantien ab. Nachdem dem Absolutismus gewisse Extravaganzen verwiesen sind, soll ihm nicht weiter auf den Leib gerückt werden. Denn der Absolutismus, das ist die Sunkerherrschaft: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Die Phrasenverbrämung, die Lebensarten von Uneigennützigkeit, Patriotismus u. s. w. sind für Kinder, Narren und Blockfreisinnige. Die Nationalliberalen haben, wie der folgende Redner, der Bankherr Weber aus Löbau überflüssigerweise noch bestätigt, den Verfassungstraum gewisser Freisinniger nicht einmal mitzurechnen gewagt.

Den engen Zusammenhang zwischen der mit dem famosen Hunnenfeldzuge eröffneten Politik und der Abenteuer zu Wasser und zu Lande unter der steigenden Finanznot legte Genosse Südekum trotz mannigfacher Störungsversuche seitens des Vizepräsidenten Wasche und der ihre gewohnten Laute ausstößenden Rechten in ebenso gründlicher wie überzeugender Weise dar. Unser Fraktionsredner beleuchtete auch das Zahlenjongleurenkunststück, das sich neulich wieder einmal der sattsam bekannte Rheinbaben geleistet hat. Trotz dieser Züchtigung fühlte sich aber der Nachfolger Miquels wieder veranlaßt, zu später Stunde durch eine finanzpolitische Lachenspielervorstellung die Geiseln des Hauses aufzuhalten. Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Gegen die Lichtsteuer.

Eine von der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller eingesetzte Kommission zur Beratung über die Lichtsteuer, an der vom Reichsschatzamt Geh. Regierungsrat Weber teilnahm, hat eine Resolution vorgeschlagen, deren Inhalt besagt: „Die Besteuerung von Gas und Elektrizität ist wegen der ungemäßen Schwierigkeiten praktischen Durchführbarkeit und der unvermeidbaren Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten auf das entschiedenste zu verwerfen. Die Besteuerung von Elektrizität und Gas zu Lichtzwecken muß ebenfalls entschieden abgelehnt werden. Dagegen wolle man keinen Widerspruch erheben gegen eine mäßige Besteuerung der Beleuchtungskörper.“

Rheinhabens Demagogentrick.

Zu der Spariamkeitkapuzinade Billows und der Aguarantenschlamperei Sydons kam am Sonnabend im Reichstage ein Demagogentrick des preussischen Finanzkämpfers Rheinbaben. Der Herr warf den gähnenden Reichstagsmitgliedern folgende Zahlen an den Kopf: der sozialdemokratische Arbeiter zahlt jährlich 17 Mk. Parteibeitrag und durchschnittlich 25 Mk. Gewerkschaftsbeitrag, zusammen 42 Mk.; der bescheidene Reichstagskassier fordere aber an Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer pro Kopf 4 1/2 Mark jährlich. Zunächst: Wo der Herr die „durchschnittlich“ 17 Mark Parteibeiträge heranzurechnet, wissen wir nicht, da laut Bericht des Parteivorstands der durchschnittliche Monatsbeitrag sich auf 25 Pfennig stellt, was 3 Mark macht. Das ist die erste Mogelei.

Dann die Gegenüberstellung: Parteimitglied 42 Mk. — Konsumist 4 1/2 Mk. Nun erheben Partei und Gewerkschaften die Beiträge von ihren Mitgliedern, d. h. von erwachsenen Männern und Frauen, dagegen wird jene „pro Kopzahl“ herausgerechnet, indem man die Summe durch die Zahl aller zweibeinigen Wesen, die im Reich leben, dividiert. Solange Säuglinge und Kinder nicht Schnaps und Bier trinken, solange nicht Kinder und Frauen Tabak rauchen, ist das ein Unsinn. Die Zahl hat nur einen rechnerischen Wert, wenn man sie in verständiger Weise bei Vergleich gleichartiger Größen benützt. Auf die tatsächlichen Konsumenten gerechnet, ergibt sich eine Mehrbelastung nicht von 4 1/2, sondern von 30 bis 40 Mark. — Das ist die zweite Mogelei.

Und nun bewundere man die Bolke: 42 Mk. soll der Beitrag an Partei und Gewerkschaft betragen; dem wird gegenübergestellt die — Mehrbelastung! Wolte der Monsieur ehrlich rechnen, dann müßte er dem vollen Beitrag auch die volle Belastung durch die Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer gegenüberstellen. Nun beträgt die bisherige Belastung durch diese Steuer „pro Kopf“ 5,70 Mk., die Mehrbelastung durch die Erhöhung dieser Steuern soll „pro Kopf“ 4,50 Mk. betragen, so daß nach Einführung dieser Erhöhung die Belastung „pro Kopf“ — Kinder, Frauen und Greise immer eingerechnet — 10,20 Mk. betragen würde. Auf die wirklichen Konsumenten umgerechnet — 80—100 Mk. Das ist die dritte Mogelei.

Die Belastung durch die Steuer rückt aber nicht die Belastung der Konsumenten. Die Art und Weise der Besteuerung ermöglicht es den Bauern und Tabakfabrikanten, und ganz besonders den Liebesgaben schnappenden Schnapsbrennern, das Produkt weit über den Betrag der Steuern und Zölle hinaus zu verteuern, so daß zur letzten Belastung durch die Steuer noch eine sehr ansehnliche

durch den Extraprofit tritt. In der Verschweigung dieser Tatsache liegt die vierte Mogelei.

Der Mogelei mußte sich der Minister leisten, um seinen Zahlen Relief zu geben! — Aber der ganze Vergleich ist ein Unsinn! Was wird denn hier verglichen? Auf der einen Seite die Ausgaben, die der sozialdemokratische Arbeiter für die Organisation macht, die seinen Interessen dient, die seiner Klasse und damit zum Teil ihm persönlich Nutzen schafft. Auf der andern Seite eine Belastung, die ihm aufzuerzwingen wird, um den Staat zu erhalten, jenen Staat, der seiner Klasse als Feind gegenübersteht. Partei und Gewerkschaft zu unterstützen, liegt im Interesse des Arbeiters, weil er der Tätigkeit dieser Organisationen die Hebung seiner Lebenshaltung verdankt, während die indirekten Steuern seine Lebenshaltung herabdrücken. Dazu kommt noch eine weitere geradezu raffinierte Verdrehung in jener Zahlenzusammenstellung. Nämlich: 25 Mk. jährlich zahlt in der Tat der Gewerkschaftler durchschnittlich an seine Gewerkschaft, aber von diesem Betrage fließt der größte Teil im Laufe der Jahre wieder an ihn zurück in Form von Unterstützungen, von Kosten des Rechtsschutzes usw. während ein anderer Teil für die Zukunft in der Kasse bleibt, als Anteil gewissermaßen des Mitglieds am Vermögen der Gewerkschaft. 51 Millionen Mark haben die freien Gewerkschaften im Jahre 1907 eingenommen, davon haben sie 43 Millionen verausgabt für Unterstützungen, Rechtsschutz, Presse, Bibliotheken usw., und nur die Ausgaben für Agitation und Verwaltung in Höhe von rund 8 Millionen Mark sind nicht direkt den Mitgliedern zugute gekommen, wohl aber indirekt durch Stärkung der Organisation. Welche zynische Unbefangenheit gehört dazu die 25 Mk. Gewerkschaftsbeitrag in die Rechnung zu stellen, nicht aber die Summe, die durchschnittlich das Mitglied von der Gewerkschaft bezieht. Daß Herr Rheinbaben sich derartige Bauernfängertricks erlauben darf, beweist, wie tief das deutsche Parlament gesunken ist.

Englische Kriegsrüstungen gegen Deutschland.

Mit 74 gegen 23 Stimmen hat am 24. November das englische Oberhaus trotz Abmahns der Regierung eine Resolution angenommen, durch die die Schaffung eines so starken englischen Landheeres gefordert wird, daß auch die stärkste fremde Macht zögern würde, eine Landung an den Küsten Englands zu versuchen. Antragsteller und Begründer der Resolution war der Inhaber des preussischen Schwarzen Adlerordens und Eroberer der südafrikanischen Burenrepubliken, Lord Roberts, dem das Kaisergespräch des „Daily Telegraph“ nachsagte, er habe den Feldzug, der ihn zum berühmtesten Militär der Vereinigten Königreiche machte, nach den Plänen Wilhelms II. geführt. Aber weder der Schwarze Adler noch die angebliche geistige Unterstützung, die er beim deutschen Kaiser gefunden hat, haben den greisen Feldmarschall gehindert, sich an die Spitze einer nationalistisch-militärischen Bewegung zu stellen, die in Deutschland den Feind sieht und alle Vorkehrungen zum entscheidenden Waffengang treffen will. Lord Roberts fordert ein Heer von einer Million Mann, dessen Kosten er auf 400 Millionen Mark mehr berechnet, als die bisherigen Ausgaben Englands für das Landheer betragen haben, und er fordert diese neue furchtbare Belastung der Nation mit Opfern von Gut und Blut ausschließlich im Hinblick auf das Deutsche Reich. Und sicherlich ist gerade der Umstand, daß Lord Roberts mit einer sonst nicht üblichen Offenheit von Deutschland als dem voraussichtlichen Gegner sprach, in erster Linie mit entscheidend dafür gewesen, daß sich nur eine geringe Minorität der Pairskammer seinem Ansinnen widersetzte. Die englischen Chauvinisten und Rüstungsfanatiker haben Zeit und Ort ihres neuen Vorstoßes ausgezeichnet gewählt. Alle Berichte aus England stimmen jetzt darin überein, daß infolge der Veröffentlichung des Kaiser-Interviews im ganzen Lande Mißtrauen und Abneigung gegen Deutschland heller denn je ausloderten und alle Ansätze einer Friedens- und Verständigungspolitik vernichtet wurden. Es mag dahingestellt bleiben, ob Lord Roberts und seine Anhänger im Oberhause an die Möglichkeit einer deutschen Invasion in England wirklich glauben. Dringen sie mit ihren Plänen durch, so wird das praktische Ergebnis wohl dieses sein, daß England nicht nur wie jetzt schon durch seine Flotte vor fremden Invasionen geschützt sein, sondern auch in der Lage sein wird, das Gewicht seines Schwertes in die Waagschale der kontinentalen Entscheidungen zu werfen. Jeder Fortschritt des englischen Militarismus bedeutet eine Erschütterung der Stellung Deutschlands als erste europäische Landmacht; man wird sich also nicht wundern dürfen, wenn der preussische Kriegsminister unter Hinweis auf die englischen Pläne und — nicht zu vergessen — die Reorganisation der russischen Armee neue Forderungen für das deutsche Heer erheben sollte. Will England 400 Millionen jährlich an die Verstärkung seiner Armee wenden, so werden dem preussischen Kriegsminister gleichfalls 400 Millionen nicht zuviel dünken, und da die Reichsfinanzwirtschaft jetzt mit einem Defizit von einer halben Milliarde arbeitet, das durch die neuen Steuern gedeckt werden soll, könnte man vielleicht gleich „ganze Arbeit“ machen und die Reicheinnahmen um eine Milliarde erhöhen. — Wohin anders dieses tolle Rennen führen soll als zum Zusammenbruch und zwar zum Zusammenbruch Deutschlands. Dies ist nicht ersichtlich. Deutschland hätte die Niederlage Russlands im fernen Osten und den Sieg des Liberalismus in England zur Aufnahme einer großzügigen Friedenspolitik benutzen können, die von ganz Europa mit einem Aufatmen der Erleichterung aufgenommen worden wäre. Anstatt dessen beharrte das Reich bei dem alten Kurs der weltpolitischen Dummenjungenstreichs und der gepanzerten Provokationen. Wäre noch Umkehr und Rettung möglich, so nur durch einen raschen und gründlichen Wechsel des deutschen Systems, der allen Kriegshezern und Rüstungsfanatikern der Welt die Trümper aus der Hand schlagen würde. Aber solange nicht in Deutschland ein Wechsel der regierenden Personen und Systeme eintritt, wird Europa nicht zur Ruhe kommen!

Ein schuldenfreier Bundesstaat.

Das Fürstentum Neuchâtel hat nicht nur keine Landesgaben, sondern sogar ein Reinerlögen von ein-

gen Millionen Mark. Nach der letzten Abrechnung ergab sich ein Vermögensbestand von 3 277 502,24 Mk. Trotz der ungünstigen Konjunktur wird auch im laufenden Jahr auf einen Vermögenszuwachs gerechnet. — Glückliches Land!

Entfaltungsvoller und bescheidener Liberalismus.

Die „Frankf. Ztg.“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Das „demokratische“ Blatt schließt sich der Vermutung der „Kölnischen Zeitung“ an, daß Bundesratsvertreter an dieser Beratung nicht teilnehmen werden.

Statt aber gegen eine solche Mißachtung des Parlamentes Einspruch zu erheben, ist das Blatt ganz bekümmert darüber, daß der Kaiser noch einmal in die Debatte gezogen werden könnte. Wörtlich heißt es dann weiter: „Unseres Wissens besteht bei den Parteien der bürgerlichen Linken nicht die Absicht und nicht das Bedürfnis, diese Kritik zu wiederholen, nachdem am 17. und 18. November alles, was notwendig war, gesagt worden ist.“

Frankreich.

Die sozialen Bedingungen der Kriminalität. Die parlamentarische Diskussion über die Todesstrafe in der französischen Kammer hat die gemäßigten Sozialisten veranlaßt, eine Reihe von Gesehntwischen anzubringen, die durch hygienische und pädagogische Maßregeln der Degeneration der großstädtischen Jugend, dieser furchtbaren Verbrechenquelle, Einhalt tun sollen. Der erste dieser Vorschläge hat die Errichtung einer permanenten Untersuchungskommission zum Ziel, die ihren Hauptstich in Paris und Sektionen in allen Orten, wo sich Strafgerichte befinden, haben soll. Sie soll die Verurteilungen erforschen und den Einfluß festzustellen suchen, den die Unwissenheit, die Verlassenheit, die Arbeitslosigkeit, das Elend, das Mitleiden seiner Schlupfwinkel und der Gefängnisse mit ihrem Durcheinander von unreifer Jugend und ausgewachsenem Verbrechertum, der Alkohol und nervöse Erntung auf die Entstehung des Verbrechens ausüben. Die Resultate dieser Untersuchung sind alljährlich dem Parlament vorzulegen. Die Kommission soll aus Richtern, Rechtsgelehrten, Volkswirtschaftlern, Soziologen, Lehrern, Professoren, Ärzten, Mitgliedern der Gesetzgebung, Vertretern der Unternehmerverbände und der Handelskammern sowie der Gewerkschaften und Arbeitsbörsen bestehen. — In der Begründung dieses Vorschlages verweist Saures in der „Humanité“ auf die entsetzliche Tatsache, daß unter der dritten Republik 74 junge Männer unter 20 Jahren guillotiniert worden sind. Und viele von ihnen waren noch keine flebzehnjährige Jahre alt!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 27. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akfordarbeit ist über die Akfordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Orkymühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stodtelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akfordarbeit ist über die Akfordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fadenburger Allee Nr. 51, Fab. Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bau- und Firmen Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—22, Grünmühle in der Hafenstraße, Stelbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stelbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akfordanten F. Mädel und J. Fab. im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Orkymühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Der Bürgerausschuß erteilte in seiner letzten Sitzung seine Mitgenehmigung einem Senatsantrage, der besagt, daß die Mehrverwendung von Baukosten gegenüber dem Voranschlage für das Rechnungsjahr 1906 bei der Allgemeinen Armenanstalt mit 439,32 Mk. und beim St. Jürgen-Siechenhause vor Travemünde mit 35,51 Mk. unter Anweisung auf die Verwaltungsbüroverhältnisse nachträglich genehmigt werde. Zugestimmt wurde einem Senatsantrage, nach welchem an die Firma Lüders u. Stange 3000 Mk. für die Abtretung eines 19 Quadratmeter großen Grundstücksstreifens an der Untertrave 17, zusätzlich von etwa 100 Mk. Vertragskosten, gezahlt werden sollen. Ferner wurde beschloffen, daß der Betrag des dem Allgemeinen Krankenhaus aus dem Nachlaß des Kaufmanns Matthias Jürgens zugefallenen Vermächtnisses in Höhe von 5000 Mk. zur Errichtung einer Matthias Carl Friedrich Jürgens-Friederichsstiftung verwandt werde. Zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfohlen wurde die Bewilligung einer Beihilfe von jährlich 2000 Mk. auf die Dauer von 5 Jahren zur Unterhaltung der Schule des Waisenhauses, die Errichtung einer siebenten Gerichtsvolkshilfsstelle, der Umbau der Volkshilfe in Travemünde, die Nachbewilligung von 69 875,81 Mk. an die Verbandsgemeinschaft zum Abschluß der Abrechnung für das Rechnungsjahr 1907, die Quartierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1904 und 1905, sowie für die Abrechnung des Polizeiamtes für das Rechnungsjahr 1903. Der Antrag auf Erhöhung der Besoldung der Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen wurde teils zur Mitgenehmigung empfohlen, zum Teil aber an eine Kommission verwiesen. Die Vorlage sieht für die Elementarhilfslehrer ein Anfangsgehalt von 1200 Mk. vor, das nach Ablegung der zweiten Lehrprüfung auf 1500 Mk. steigen soll. Bei fester Anstellung soll den Hilfslehrern die Hälfte derjenigen Dienstzeit, die den Zeitraum von vier Jahren seit der Anstellung als Hilfslehrer übersteigt, für den Fall ihrer Pensionierung angerechnet werden. Das Gehalt der Hilfslehrerinnen soll für solche, die entweder die Prüfung für mittlere oder höhere Mädchenschulen oder für Zeichenlehrerinnen bestanden haben, von 1000 Mk. in 7 Jahren bis auf 1400 Mk. für Hilfslehrerinnen, die entweder die Prüfung für Volksschulen oder für Haushaltungsschulen bestanden haben, von 900 Mk. in 7 Dienstjahren bis auf 1300 Mk. für Hilfslehrerinnen, welche die Prüfung für Handarbeits- und Turnlehrerinnen bestanden haben, von 800 Mk. nach 3 Dienstjahren auf 1000 Mk. und für Hilfslehrerinnen, die nur die Prüfung für Handarbeits- oder Turnlehrerinnen bestanden haben, von 700 Mk. nach 5 Dienstjahren bis 1000 Mk. steigen. Die hierdurch für das laufende Jahr entfallende Mehrausgabe beläuft sich auf

30 175,08 Mk., da die Gehaltsverhöhung rückwirkende Kraft vom 1. April ab haben soll. Auf den mündlichen Bericht einer Kommission zur Prüfung eines Antrages unseres Gewerkschaftsrates auf Erhöhung eines Wöchnerinnenheim wurde beschloffen, ein Gesuch um Prüfung der Bedürfnisfrage an den Senat zu richten. Die Senatsvorlage betr. die Spezialpläne für den Bau der neuen Ferienanstalt bei Streinlich wurde in der von der Kommission beantragten Fassung der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen.

Der Bau einer Schwimmhalle ist auf spätere Zeiten verschoben. Dem Bürgerausschuss wurde in seiner letzten Sitzung ein Senatsdekret folgenden Inhalts mitgeteilt: In seiner Verantwortung vom 6. November 1907 hat der Bürgerausschuss beschloffen, den mit Dekret vom 16. Juni 1906 ihm zur Begutachtung entgegengebrachten Antrag wegen Errichtung eines Hallenschwimmbades an der Ecke der Parade und Kapitelstraße mit der Abänderung der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen, daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, auf dem Grundstücke Parade 1 sowie Kapitelstraße 5 und 7 ein Hallenschwimmbad mit zwei Schwimmhallen und Wassererwärmung aus der städtischen Wasserleitung nach den vom Architekten Hans Meyer in Gießen mit Bericht und Kostenanschlag vom 16. September 1907 und 16. Okt. 1907 vorgelegten Plänen zu errichten und daß die Kosten zum voranschlägten Betrage von 548 700 Mk. auf die Anstaltsmittel der Verwaltungsbehörde angewiesen werden. Der Senat hat die Deputation beauftragt, sich hierüber im Einvernehmen mit der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zu äußern. Die beiden Behörden haben darauf den als Anlage abgedruckten Bericht vom 19. Okt. 1908 erstattet, mit dem sie unter grundsätzlicher Zustimmung zu dem dem Meyerschen Entwurfe zugrunde liegenden Bauprogramm, aber unter Würdigung der Bedenken, die in dem mitabgedruckten Bericht der Direktoren Hase und Balger vom 18. Januar 1908 gegen Einzelheiten der vorgeschlagenen Lösung des Programms geltend gemacht sind, den Ausbau der Schwimmhalle nach einem im Anschluß an den Meyerschen Entwurf von dem Baudirektor Balger aufgestellten neuen Entwurf befürworten. Er liegt in 10 Zeichnungen vor. Die Kosten sind bei eigener Wassererwärmung auf 598 000 Mk. veranschlagt. Der Senat hat sich auch keineswegs von den Vorzügen des neuen Entwurfs überzeugt und teilt die Auffassung der beiden Behörden, daß der Bau, nach diesem Pläne ausgeführt, eine besonders zweckmäßige und würdige Gestaltung erfahren würde. Der Senat ist jedoch nach Lage der Verhältnisse entschlossen, vor der Hand davon abzusehen, das Projekt wegen Errichtung eines Hallenschwimmbades weiter zu fördern, und wird daher der Bürgerschaft einen Antrag in dieser Richtung zurzeit nicht entgegenbringen.

In den Kreisen der in der hiesigen Flußschiffahrt beschäftigten Arbeiter wird lebhaft und auch mit Recht Klage geführt über die mangelhafte Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften im Betriebe. Die neuen ab 1. Jan. 1908 gültigen Unfallverhütungsvorschriften sind seinerzeit sämtlichen Schiffseigentümern seitens der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft zugestellt worden. Mit der Befolgung derselben hapert es aber sehr. Vielleicht sind sie noch nicht einmal überall auf den Fahrzeugen ausgehängt, damit die Arbeiter Einsicht in dieselben nehmen und sich informieren können. Am schlimmsten sieht es aber mit der Innehaltung der Vorschriften seitens der Schiffseigentümer aus. So ist z. B. auf keinem einzigen Fahrzeuge (Stechtschiff) ein Verbandskasten, wie vorgeschrieben, viel weniger noch Verbandszeug zu finden. Es fehlt bei einem Unfall, welcher auch unterwegs und an der Ladestelle, also weit außerhalb der Stadt passieren kann, am Notwendigsten, um bei Wunden u. dgl. einen notdürftigen Verband anlegen zu können. Hier wäre es Pflicht der in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft, einzuschreiten; es nützt nichts, wie es hier den Angehörigen nur Vorschriften zu erlassen, sondern es muß auch die Ausführung derselben überwacht werden. Durch eine bessere Überwachung lassen sich noch viel mehr Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften feststellen. Es wird sehr häufig des Abends spät und auch des Morgens früh, ja ganze Nächte hindurch, ohne jegliche andere Beleuchtung wie den Mondschein, und in der Nähe des Hochofenwerks den Lichtschein derselben, gearbeitet. Hat man doch schon der Berufsgenossenschaft gegenüber erklärt, daß der Lichtschein des Hochofenwerks eine genügende Beleuchtung sei, obgleich in dem angezogenen Fall die Arbeitsstelle einige hundert Meter in der Luftlinie vom Hochofenwerk entfernt war. Ein anderer Mangel, der allerdings nicht der Unfall-Berufsgenossenschaft, sondern die Polizei und die Arbeiter selbst angeht, ist die immer mehr überhand nehmende Sonntagsarbeit beim Laden und Löschen in der Flußschiffahrt. Die ganze Woche hindurch ist oftmals wenig Arbeit beim Entladen der Flußschiffe vorhanden, aber trotzdem müssen die Fahrzeuge am Sonntag entladen werden. Doch diesem Mißstand können die Arbeiter selbst entgegenarbeiten, in dem sie sich, wie es der größte Teil der Arbeiter tut, ebenfalls sagen würden, am Sonntag wollen wir, wenn es nicht dringend notwendig ist, nicht arbeiten. Das scheint die sonst alles beobachtende Polizei nicht zu sehen, oder als eine Gesetzesübertretung nicht zu betrachten! Jedenfalls kann die Löscharbeit mit ganz wenigen Ausnahmen an den Wochentagen erledigt werden, auch ist es durchaus nicht notwendig, daß halbe und ganze Nächte, sowie Sonntags gearbeitet werden muß.

Bevölkerungsbewegung im Monat Oktober 1908. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Libeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen des städtischen Standesamtes und der elf ländlichen Standesämter. Geben wurden 145 geschlossen gegen 63 im Vormonat (143 im Okt. 1907). Lebendgeburtener erfolgten 233 gegen 315 im Vormonat (237 im Okt. 1907). Uebelich geboren wurden 19, totgeboren 12 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle betrug 142 gegen 143 im Vormonat (151 im Oktober 1907). Der Geburtenüberschuß betrug hierauf 91 gegen 172 im Vormonat (68 im Oktober 1907). In den Monaten Januar bis Oktober belief sich die Zahl der Geschlechtsungen auf 798 (gegen 751 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburtener auf 2662 (2615), der Sterbefälle auf 1517 (1459), der Geburtenüberschuß auf 1145 (1154).

K. Der Vortragabend des Gesangsvereins „Eintracht“ der gestern Abend im „Reinshaus“ stattfand, hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen, ein Zeichen dafür, welcher Wertesätzung sich der konsequente Verein erfreut. Die Zusammenfügung des Programms war mit großem Geschick erfolgt. Über die einzelnen Leistungen läßt sich in allgemeinen nur Gutes sagen. Gleich der erste Chor „Empor nun Licht“ imponierte durch die Wucht des Vortrages. Zu Anfang machte sich allerdings eine leichte Befangenheit bemerkbar, doch steigerte sich der gute Eindruck mit der trefflichen Wiedergabe des impolanten Schlusssatzes. Ein Doppelquartett sang zwei hübsche Lieder. Die vortrefflichen Qualitäten des Vereins kamen hier gut zur Geltung. Der gespendete Beifall war ein starker. Herr Lorenz sang zwei Tenorsolos, die von dem Sänger vorzüglich zu Gehör gebracht wurden. Besonders das Lied

„Am Meer“, bei welchem noch die feinsinnige Klavierbegleitung des Herrn Sonnenberg, der auch die Chöre mit Geschick, Umsicht und Temperament leitete, angenehm auffiel. Alles in allem, es war ein schöner Abend, und die Stimmung im Publikum bewies, daß man allseitig zufrieden war. Den Schluß bildete ein flotter Tanz.

Überfahren wurden gestern mittag um 1 Uhr in der Hundestraße zwei Kinder von einem Fuhrwerk des Hofschlächters Dose. Während das eine Kind, ein Mädchen, mit dem Schrecken davontam, erlitt der achtfährige Sohn des Schneiders Vogel erhebliche Verletzungen am rechten Oberkieser; sämtliche Zähne wurden ausgeschlagen.

ph. Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Lauenburg, der sich aus einer Knecherei in Schlutup, in der er früher gearbeitet hatte, mittels Einschleichens zur Nachtzeit 2 Dosen mit Fischen aneignete. — Ermittelt und festgenommen wurden zwei Arbeiter, die sich des Diebstahls von einem Felde in der Vorstadt St. Gertrud schuldig gemacht haben. — Festgenommen wurde ein Handlungsgehilfe, auf Grund einer Requisition der Amtsanwaltschaft in Hamburg, wegen Diebstahls. Zwei Matrosen, die einem Steuermann 60 Mk. gestohlen haben, wurden festgenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend, geht Friedrich Hebbels phantastische Komödie „Der Diamant“ in neuer sorgfältigster Einstudierung in Szene. In größeren Rollen sind die Damen Brandes, Antkes, Scheuren, Hoff und Niemer, sowie die Herren Holstein, Lassen, Stahl-Nachbaur, Krohmann, Fuchs, Albert, Scholz, Abint und Meynaber beschäftigt. Die Inszenierung des Werkes liegt in den Händen des Herrn Intendanten Kurt Scholz. — Am Sonntag (Anfang ausnahmsweise 6 1/2 Uhr) erscheint Richard Wagners große Oper „Lohengrin“, vieltrachen Wünschen entsprechend, nochmals auf dem Spielplan. Die Vorstellung beginnt so zeitig, daß auch die auswärtigen Besucher das Ende der Oper abwarten und mit den letzten Tönen noch mitkommen können. — In Vorbereitung befindet sich Webers romantische Oper „Der Freischütz“.

Stadthallen-Theater. Am Sonntag Abend 7 1/2 Uhr gelangt das reizende Lustspiel „Geographie und Liebe“ von Wörftion, welches schon im Neuen Stadttheater einen so glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatte, zur Aufführung.

Schwartau. Ein schwerer Unglücksfall, bei dem leider ein Menschenleben vernichtet wurde, ereignete sich heute morgen um 4 Uhr hier selbst. Der Wirt Zach und Frau sowie der Schmied Start und Frau aus Kalkau hatten an einer hier stattgefundenen Festlichkeit teilgenommen und wollten sich heute mittag Fuhrwerk nach ihrem Heimatdorf begeben. An der Ecke des Marktplatzes und der Gutiner Straße geriet der Wagen gegen einen Bordstein, wodurch ein Rad brach und das Gefährt umstürzte. Frau Zach erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie sofort starb; ihr Mann erhielt eine klaffende Kopfwunde. Dem Schmied Start wurde ein Arm zweimal gebrochen; seine Frau erlitt eine Gehirnerschütterung. Die beiden hiesigen Ärzte leisteten die erste Hilfe.

Linstorf. Über die Gemeinderatswahlen sprach gestern Abend in einer gutbesuchten Versammlung der Genosse Leu-Schwartau.

Küß. Großfeuer. Am Montag Abend zwischen 8 und 9 Uhr brannte in Glinenhof das mit Stroh gedeckte Viehhaus des Hauswirts Warnemünde. Beim Eintreffen der Spritzen und Löschmannschaften war der Brand bereits soweit vorgeschritten, daß an ein Retten weder des Gebäudes, noch seines Inhalts mehr zu denken war. Leider sind 10 Kühe und mehrere Kälber, sowie ein Pferd — welches wieder in das brennende Gebäude zurückließ — in den Flammen umgekommen. Desgleichen sind nicht unbedeutende Futtermittel und Gerätschaften mitverbrannt.

Travemünde. Eine Volksversammlung findet am kommenden Sonntag nachmittag 5 Uhr im Lokale des Herrn Gebert statt. Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz-Lübeck wird über das wichtige Thema „Das persönliche Regime und die Reichsfinanzreform“ referieren. Es ist dringend notwendig, daß die Einwohnerschaft Travemündes in Massen in dieser Versammlung erscheint.

Hamburg. Ertrunken. Das Gewitter gestern vormittag, das mit einem heftigen Wind verbunden war, hat leider ein Menschenleben als Opfer gefordert. Bei Finkenwärden wurden die Buttische des Fischers Heinrich Mewes, sowie ein Altenwärder Fischerfutter von einer Gewitterböe umgeworfen. Die Fülle wurde von einer Kastenschute, der Rutter von einem Fischdampfer geborgen. Die Ehefrau Mewes, die bei ihrem Manne an Bord war, fand ihren Tod in den Wellen. Der Fischer Mewes und die Besatzung des Altenwärder Rutters konnten gerettet werden. Daß ein so großes Fahrzeug auf der Elbe vom Wind umgeworfen wurde, ist bisher noch nicht vorgekommen.

Wanzbek. Ein Großfeuer brach gestern morgen kurz nach 4 Uhr auf dem Zimmerplatze des Herrn Radwiz, Ecke Löwen- und Kammerstraße aus, das sich in kurzer Zeit über die auf dem Platze befindlichen, größtenteils aus Holz erbauten Scuppen und deren Inhalt verbreitete. Trotzdem die Feuerwehr schnell zur Stelle war, hatten die Flammen sich schon über den ganzen Zimmerplatz verbreitet. Hier gab's nicht mehr viel zu retten. Der starke Westwind trieb die Flammen gegen die neben dem Platze gelegene Villa Löwenstraße Nr. 4, die im Parterre von Kaufmann Müller und in der Etage von Professor Dr. Stöcker bewohnt war. In kurzer Zeit stand auch hier der Dachstuhl in Flammen. Osgleich die Hamburger Feuerwehr hier dem Feuer schnell Gehalt zu gebieten suchte, brannte die Decke nach der 1. Etage durch. Die erste Etage ist auf der Westseite ausgebrannt, auf der Ostseite durch Rauch und Wasser auch fast zerstört. Das Parterre hat erheblichen Wasserschaden erlitten. Der Westgiebel der Villa ist zum Teil eingestürzt. Die Bewohner der Villa, die erst aus tiefem Schlafe geweckt werden mußten, vermochten in der ersten Beistürzung nur das Leben zu retten.

Kiel. Glänzender Sieg. Gestern, am zweiten Tage der Stadtverordnetenwahlen, gelang es unseren Genossen wiederum, drei Mandate zu erobern. Es siegten unsere Genossen Wegner, Lewin und Kuhn mit 6667, 6661 und 6655 Stimmen über die Gegner, von denen Kattun 6647, Wöb 6594 und Clasen 6535 Stimmen erhielten. Nur ein Kandidat der Bürgerlichen, Rabunz, ging aus der Wahl als gewählt hervor.

Reudsburg. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden Kaufmann Jäger und Bäckermeister Fock mit 890 und 387 Stimmen wiedergewählt. Von den sozialdemokratischen Kandidaten erhielten Wittack 297 und Boctobd 258 Stimmen.

Kropp. Sittlichkeitsverbrechen. Im Tannengehölz zwischen Kropp und Dönschlag wurde eine Dame aus dem Kroppfer Anstalten von einem jungen Menschen überfallen. Der Täter ging der Dame nach, ließ sich mit ihr in

ein Gespräch ein und begleitete sie unaufgefordert weiter. Als die Begleitung energig abgewiesen wurde, packte er die Frau und schleppte sie gewaltsam ins Gehölz. Dort verübte er ein Verbrechen an ihr. Ein vorbeigehender Seminarist, welcher ein Schreien und Stöhnen hörte und nichts Gutes ahnte, holte Hilfe herbei, welche die Dame aus ihrer schrecklichen Lage befreien konnte und sie in Sicherheit brachte.

Bremen. Bürgerchaftswahl. Dienstag fanden in Bremen in einigen Bezirken die Bürgerchaftswahlen statt, bei denen wir durchgängig einen — teilweise erheblichen — Stimmenzuwachs erzielten. Im Landgebiet haben wir unseren Beststand behauptet und unser Mandat wieder errungen. — Mittwoch wurde in drei Stadtbezirken gewählt; unsere Genossen hatten zwei Mandate zu verteidigen. In dem einen Bezirk wurde Genosse Wilhelm Schöber mit 369 gegen 276 Stimmen gewählt. Unsere Stimmenzahl nahm um 41, die der Gegner um 44 zu. In den anderen Bezirken unterlagen wir. Beide Bezirke mußten für uns vor. vornehmlich als aussichtslos gelten. Das eine noch zu verteidigende Mandat konnten wir auch nicht halten; der Grund ist darin zu suchen, daß in diesem Bezirk die Zahl der Arbeiterwähler ständig abnimmt. Aus diesem Grunde hatten wir auch schon 1905, als das zweite Mandat dieses Bezirkes zu vergeben war, einen Mißerfolg. — Die Bürgerchaft beschloß, an den Senat eine Erklärung zu senden, worin sie die unablässige Vermehrung der Reichsaussgaben bedauert und auf die bedrohlichen Wirkungen der vorerwähnten Tabakbanderolsteuer für Bremens Wohlstand hinweist, und den Senat ersucht, jeder Erhöhung der Tabaksteuer entgegenzutreten.

Oldenburger Landtag.

h. Die sozialdemokratische Fraktion reicht folgende Interpellation ein:

Ist die Großherzogliche Staatsregierung bereit, sich darüber zu äußern, welche Stellung sie zur Einführung eines Gas- und Elektrizitätssteuer, einer Anzeigensteuer und zur Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer im Bundesrat eingenommen hat?

Einen selbständigen Antrag brachte Abg. Mohr-Virkenfeld ein, welcher die Regierung auffordert, einen Gesetzentwurf noch in dieser Tagung einzubringen, welcher bezweckt, den Abg. der Fürstentümer während der Zeit der Tagung des Landtags monatlich einmal freie Fahrt nach dem Wohnort des betr. Abgeordneten zu gewähren.

Für und gegen die Errichtung eines Notariats sind mehrere Petitionen eingegangen. Die Petitionen sind im Ausschuss beraten. Eine Mehrheit steht der Einführung an sich nicht unsympathisch gegenüber, trägt jedoch Bedenken, solange der Ausfall an Gerichtsportalen nicht zu übersehen ist, die Errichtung des Notariats zu fordern. Die Petition wird der Regierung zur Prüfung empfohlen, während die Minderheit Übergang zur Tagesordnung beantragt.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Wilhelm Tell, Schillers grandioses Schauspiel, gelangte am Mittwoch zur Aufführung. Das Parkett des Theaters war gänzlich leer, der dritte Rang ausverkauft. Auch ein Beweis dafür, wo das kunstförmige Publikum nicht ist. Die Wiedergabe des Meisterwerkes ließ manche Wünsche unbefriedigt. Die Regie, welche von Herrn Direktor Kurt Scholz geführt wurde, hatte zwar wiederum für hübsche Bühnenbilder und lebendige Masseninszenen gesorgt, aber verschiedene Rollen waren mit nichtausreichenden Kräften besetzt. So fehlte beispielsweise dem Tyrannen Geßler, den Herr Hink gab, jede Größe; der Rudenz des Herrn Kalbeck war farblos und matt. Herr Stahl-Nachbaur übertrieb als Arnold wieder einmal nach jeder Richtung, besonders jedoch beim Ausbruch des Schmerzes. Maßhalten ist dem jungen Künstler dringend zu empfehlen. Einen martigen Teil stellte Herr Holstein auf die Bühne; sympathisch war Herr Lassen als Melchtal, sowie Herr Niemer als Hedwig. Die Vorstellung fand trotz der angeordneten Schwächen lebhaften Beifall.

In Sonnets „Margarethe“ gastierte gestern Abend Fr. Helene Offenber von Hamburger Stadttheater. Die Künstlerin gab die Titelpartie mit wohlklingender Stimme und tüchtigem Spiel, ohne etwas Außerordentliches zu bieten. Fr. Bartsch sieht ihr nicht nach. Die Besetzung der übrigen Rollen war die gleiche wie bei der Erstausführung. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nachträge zur Nichtbestätigung des Genossen Meyer in Moisling.

Nachdem die Wahlen unseres Genossen zum Mitglied des Gemeindevorstandes dreimal vom Stadt- und Landrat nicht bestätigt worden waren, zerbrach man sich den Kopf, welche Gründe für die Nichtbestätigung maßgebend gewesen waren. Manche Leute meinten, unser Genosse habe früher wohl etwas ausgekostet, was man ihm heute nicht mehr vorhalten wollte. Als die Sache in der Bürgerschaft zur Verhandlung kam, da sagten wir uns: Nun müssen doch endlich die Gründe ans Tageslicht kommen. Gestant waren wir, als von Herrn Senator Dr. Neumann behauptet wurde, unser Genosse sei sozialdemokratischer Agitator. Wir können konstatieren, daß Genosse Meyer seit Jahren nicht mehr agitatorisch für die Partei tätig ist; an seine Stelle sind jüngere Kräfte getreten. Oder sollte vielleicht der Gemeindevorsteher, Herr Legtmeyer, die Agitation, welche unser Genosse für den freien Guttemplerorden seit Jahren betreibt, als eine sozialdemokratische angesehen haben? Nun noch eine Frage an Herrn Legtmeyer. Herr Legtmeyer soll zu dem Gewählten gelagt haben: „Ich hätte ja gerne mit Ihnen zusammen gearbeitet, wir haben doch schon manches Mal in Vormundschaftssachen zusammen gewirkt, warum sollte ich denn im Gemeindevorstand nicht mit Ihnen arbeiten wollen. Ich habe das Wahlprotokoll so aufgelegt wie die Stimmenzahl gewesen ist. Dafür, daß die Behörde nicht will, kann ich nicht. Ich habe keine Schuld.“ Nun, Herr Legtmeyer, wie stimmt das mit Ihrem Bericht an das Stadt- und Landrat, wo unser Genosse zum sozialdemokratischen Agitator gestempelt wurde? Herr Legtmeyer, Sie haben jetzt das Wort!

Mehrere Gemeindeglieder Moislings. Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargemeinde, und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lohwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Wegen vollständiger Auflösung

meines Lagers und um möglichst schnell mein Riesen-Lager in Herren-Anzügen und Paletots zu räumen, gewähre ich auf

Nur 5 Tage! Herren-Anzüge und Paletots Nur 5 Tage!

von Sonnabend, den 28. November
bis Mittwoch, den 2. Dezember

30 Prozent Rabatt.

Knaben-Anzüge
für das Alter von 8—14 Jahren für
jeden annehmbaren Preis!

! Freie Fahrt nach Lübeck !

Bei Einkauf über 20.— Mk. Reisevergütung bis 30 Kilometer Entfernung!

Loden-Joppen
für Herren
aussergewöhnlich billig!

Achtung! Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die zum Ausverkauf gelangenden Waren aus dem sehr wertvollen Lager eines verkauften rühmlichst bekannten Lübecker Spezial-Geschäftes bestehen. Es gelangen also nur ganz vorzügliche, ausgeprobt gute Anzüge und Paletots zu derartig spottbilligen Preisen zum **Total-Ausverkauf**, daß jeder diese gute Einkaufsgelegenheit benutzen sollte.

Riesen-Ausverkauf in Herren- u. Knaben-Garderoben

Lübeck, Königstr. 113, Ecke Aegidienstr., Nähe der Mühlenstr.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“.

Aus täglich frischer Anschlachtung von prima fetten Gänsen aus nur hiesigen Mästereien empfehle:

Fettes Gänseklein per Pfd. 60 Pfg.

Wilhelm Schwarz, Gänsehändlung und
Markthallenstand Nr. 34-35. Fischstraße 26. Fernsprecher 2042.

Ganz frisch eingetroffen:

II. Sorte Meiereibutter Pfd. Mk. 1.25

Königstr. 98. Th. Storm Nachf. Fernspr. 473.

Geräucherte Nacken Pfd. 90 Pfg.
Geräucherte Schweinsköpfe Pfd. 55 Pfg.
Kohlwurst. — Land - Leberwurst.
Bauernbutter Pfund 1.25 Mk.
II. Sorte Meiereibutter Pfd. 1.30 Mk.

Obere Wahnstr. 10. **Hans Wegener**

Die erhalten auf alle Waren
Lübeck-Rabattmarken!



und Umgehend
muß es wissen, daß man
Kolonialwaren
in fachmännisch ausgewählten Qualitäten nirgendwo besser und
im Verhältnis zu den Qualitäten nirgendwo billiger kauft, als
bei
Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.

Sonntag früh von 1/28—9 Uhr größeren Posten

gepökeltes Schweineklein

das Pfund 15 Pfg.

Verkauf nur in der Fabrik Beim Rethteich 14.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Jeden Sonnabend

heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Fischstraße 96.

Gastwirtschaft „Am Kreuzweg“
Secerey.
Am Sonntag, den 29. November:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet ergebenst ein
Emil Cordts.



Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrm., Königstr. 62, b. d. Duxstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Konzertsaal „Harmonie“

Süßstraße 110
Damen-Orchester „Edelweiß“
Neues Programm. Neue Gesangsbeilage.
Solo auf Klavier, Trompete
und Geige.
Anfang 7 1/2, Sonntag 4 Uhr.
Eintritt frei.

Volksunterhaltung

am Sonntag, den 29. November 1908,
im Konzerthaus Hünshausen (unten).
„Der Kopten“. Anfang 7 Uhr.
Eintritt 10 Pfg., auch für Kinder.
Neuer Frauenverein.

Hansa-Theater

Theater Variete 1. Rang.
Gastspiel von
Grete Gallus
und das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Sonntag nachmittag 4 Uhr:
**Grosse Fremden- u
Schülervorstellung**

bei ermäßigten Preisen.
Zu dieser Vorstellung wird
eine Riesentorte

gebakkt aus:
400 Eier
20 Pfund Mehl
18 Pfund Marmelade
15 Pfund Butter
18 Pfund Marzipan
20 Pfund Zucker
die Jugend verteilt.
Die Torte hat einen Durchmesser von
180 cm.

Diese Torte ist zu sehen im Schaufenster
Vergrößerung 2.

Guten Appetit!
Vorverkauf für diese Nachmittags-Vorstellung nur an der Theaterkasse.

Stadthallen-Theater

Sonntag, 29. Nov., abends 7 1/2 Uhr:
Geographie und Liebe,
Lustspiel von Björnson.
Vorverkauf täglich 11—1 Uhr im Stadt-
hallen-Theater sowie in den bekannter
Stellen: Nagel, Markt 14, und Rob.
Mühlenstraße 19.

Neues Stadt-Theater
Kassen-Telephon Nr. 298.
Sonnabend 7 1/2 Uhr. Mittelpreise!
Voll-Abonnem. 56. Sonnabend-Abonn. 9
Der Diamant. Lust. Komödie v. F. Heibel.
Sonntag 6 1/2 Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnement 57.
Loosengrin. Oper von Wagner.

Wer seine Gesundheit lieb hat und auf Sauberkeit gibt, der kauft nur noch

Margarine und Butter

unter dem patentierten
hygienischen Schutzdeckel.
Derelbe schützt gegen Staub, schlechte Luft und die lästigen Fliegen, das liebliche Aroma und die Frische bleibt erhalten.

Empfehle meine
**Mandelmilch-
Pflanzen-Margarine**
„Sanella“

nach D. R. Patent 100 922 mit süßer Mandelmilch aus feiner Pflanzenbutter und Pflanzenweissel gebuttert, schmeckt zum Kaffee und Tee wie feinste Meiereibutter

Pfd. 90 Pfg.
Sehr schöne frische
Meiereibutter
Pfd. nur 1.25 Mk.

Hans Dittmann
9 Fleischhauerstr. 9.
Fernsprecher 1223.

Das persönliche Regiment und seine Stützen.

Die Krisis der letzten Wochen hat doch auch ihre guten Folgen. Sie hat einige bürgerliche Presseorgane dazu veranlaßt, ihrer Meinung Ausdruck zu geben über das Verhalten des Bürgermeisters und seiner Presse gegenüber Wilhelm II. und seinen Leuten, ein Verhalten, das erst die Mäßigkeit eines solchen persönlichen Regiments, wie wir es zwanzig Jahre hindurch ertragen mußten, erklärt. So schrieb die „Köln. Volkszeitung“:

„Sogar die Konservativen haben sich neulich in einer öffentlichen Erklärung veranlaßt, vor den „Höflingen und Schmeichlern“ zu warnen. Merkwürdig ist nur, daß man noch bei keiner Persönlichkeit am Hofe ein schmeicheleisches und nachgiebiges Wesen feststellt hat. Dem General v. Hahnke wurde nachgerühmt, er sei ein Cato an Unnachgiebigkeit und Aufrichtigkeit gewesen, der selbst dem Monarchen gegenüber ein stets aufrechter und unbegleiteter Mann geblieben sei. Genau dasselbe Lied hörten wir von dem Grafen Hülshof-Häsel, und auch Heern von Lucanus wurde nach seinem Tode derselbe Ruhm gezollt. Danach sollte man glauben, daß es überhaupt gar keine Höflinge gibt, wie sie „im Buche“ stehen. Die stolzen Rüst-Naturen in Militär- und Kammerherrn-Uniformen stehen fast da wie knorrige Eichen und beugen sich nicht. Durch solche Lügen verwirrt eine korrupte Presse das Volk. Denn wenn der Servilismus nicht so groß, so unaussprechlich groß wäre, würden wir selbstverständlich gar nicht zu so traurigen Zuständen gekommen sein, wie wir sie heute zu beklagen haben. Die freisinnige Presse hat nur insofern unrecht, als sie glauben machen will, daß es sich hierbei um eine Spezialität der „Sinker“ handle. Wir haben selbst von angesehenen Konservativen unter schallendem Gelächter erzählen hören, was für ungläubliche Bücklinge ein inzwischen verstorbener freisinniger Politiker bei einem Besuch in hohen Kreisen gemacht und wie servil er gesprochen habe. Jeder Kammerdiener, sagte man, benehme sich männlicher. Und gerade heute bringen viele Blätter laute Klagen über den „Byzantinismus“ des Berliner Oberbürgermeisters Kirschner, wie er ihn in seiner am Sonnabend gehaltenen Rede entwickelt hat. Es dürfte allerdings in der Welt kein Oberhaupt einer großen Stadt geben, das sich einem Monarchen gegenüber mit solcher Unterwürfigkeit ausdrückt. Wenn also z. B. Herr Kirschner zum Chef des Zivilkabinetts gemacht würde, so dürfte an den heutigen Verhältnissen dadurch nicht das mindeste gebessert werden. Die Blockfreiheit um kein Haar unabhängiger und selbstbewusster, als die auf der Rechten; wer sich liberal nennt, ist darum noch lange nicht „liber“. Wir geben zu, daß das früher — zugunsten der Linken — anders war. Eugen Richter war zweifellos ein Mann von ehernem Charakter, aber er war in dieser Beziehung auch „der letzte seines Stammes“. Die freisinnigen Mohikaner von heute sind süßsam und gut dressiert. Worauf sind diese Erscheinungen zurückzuführen? Hauptsächlich darauf, daß die Linksparteien Parteien der Hochfinanz geworden sind, während die alte Fortschrittspartei durchaus eine Partei der Kleinbürger war. Alle die gesellschaftlichen Schichten, die heute sozialdemo-

kratisch wählen, in erster Linie die Arbeiter, gingen damals mit der Fortschrittspartei, und diese Elemente haben immer eine natürliche Oppositionsstellung gegen die vornehme Welt. Die Hochfinanz blickt dagegen nicht nach unten, sondern nach oben. Der Kaiserliche Automobilklub und der Kaiserliche Jagdklub bilden für sie die untersten Stufen der Leiter, die in die Umgebung des Thrones führt; außerdem hängen die Herren um ihren großen Besitz und werden so eo ipso — „konservativ“. Man kann nicht einmal sagen, daß sie nur das mobile Kapital vertreten. Mehrere Duzend von Berliner Finanzleuten sind schon Besitzer großer Rittergüter in der Mark, und es mag nicht lange mehr dauern, bis sie die alten Junkergeschlechter verdrängt haben. In den Kreisen der „beati possidentes“ scheint man aber — ohne Unterschied der Partei — zu einer wirksamen Oppositionsstellung gegen das persönliche Regiment nicht gelangen zu können. Man fürchtet sich so vor dem sozialdemokratischen Acheron, daß man lieber die Launen eines Selbstherrschers erträgt.“

Das ist's! Die Angst vor der Sozialdemokratie macht das Bürgertum, einschließlich der Liberalen, zu einer Lakaienchar, die alle Fußtritte des „hohen Herrn“ demütigsvoll entgegennimmt, weil sie meint, er und nur er könne sie schützen vor dem Proletariat.

Deutscher Reichstag.

„Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 26. Novbr. 1908.

169. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern.

Die erste Lesung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt.

Speck (Z.): Noch nie hat eine Finanzvorlage so großen Unwillen im Volke erregt wie diese, die der Öffentlichkeit löchelnd verabschiedet wurde. (Vielsache Zustimmung.) Dazu wurde sie eingebracht, als gerade schwere Mißstände, namentlich in der äußeren Politik das Vertrauen zur Regierung völlig erschüttert hatten. (Sehr richtig!) — Wie ungern die reichen Leute Steuern zahlen, hat der kaiserliche Automobilklub bewiesen, der mit seiner Stellungnahme gegen die Automotoren eine tatsächliche Verabschiedung derselben durchsetzte. (Hört, hört! im Zentr. u. b. d. Soz.) — Die bisherigen Erfolge unserer Steuerpolitik reizen nicht zu weiteren Verwilligungen. — Statt der Steuererleichterungen des Auslandes sollten wir — lieber dessen parlamentarische Institutionen — ein Muster nehmen. (Lbst. Just. i. Ztr. und l. s.) — Daß die Schutzpolitik an der Finanznot schuld trägt, ist zu bestreiten. (Beifall rechts.) Mit der Bindung der Materialbeiträge kann das Reich den Einzelstaaten nichts schenken. (Beifall links.) Mit der Bindung der Materialbeiträge würde der Reichstag sich zur Bedeutungslosigkeit verdammen. — Redner bekämpft unter Beifall der Rechten die Nachlasssteuer und unter dem Beifall der L. u. d. die Einkommensteuer. Warum hat sich kein bayerischer Bundesratsabgeordneter zu dieser Steuer geäußert? Beim Reichsvereinsgesetz geschah das doch und zwar in einem Sinne, der der Auffassung der großen Mehrheit des Bayerischen Volkes schnurstracks entgegensteht. (Sehr richtig! i. Zentr. und bei den Soz.) — Redner bekämpft ferner das Branntweinmonopol, das geradezu eine Überleitung zum sozialistischen Staat sei und zur staatlichen Förderung des Schnapskonsums führen werde. Der Reichskanzler hat verächtlich von Sparsamkeit gesprochen. Den Termin für den Beginn des Sparsens in der Armee hat der Kriegsminister gleich recht weit hinausgeschoben. Man sollte endlich mit dem albernem Kältefang

an den Uniformen aufhören. — Von Rednern der Linken ist hier u. a. auf die kostspielige Wollpolitik Bezug genommen, aber die Herren Wiemer und Wager haben für den Sprachparagrafen gestimmt. (Sehr wahr! beim Zentr. und den Soz.) — Die endgültige Stellungnahme zu den Steuervorschlägen behält sich das Zentrum vor. (Lachen links.) Erst hat man jahrelang auf das Zentrum gescholten und jetzt ladet man es plötzlich zur Mitarbeit ein. (Sehr gut! im Zentr.) Wir haben aber gar keine Lust, alles zu vergessen, und Arnt in Arnt traulich mit dem Bloch auf die Steuerfuchse zu gehen. (Hört, und Sehr gut! im Zentr.) Da an eine en bloc Annahme der Vorlage doch wohl kaum zu denken sein dürfte (Gr. Htt.). So beantragen wir Überweisung an eine 28gliedrige Kommission. (Bravo im Ztr.) Graf von Schwerin-Löwig (K.) verlangt eine Steuer auf alkoholfreie Getränke. (Fördern Sie doch gleich eine Trinkwassersteuer! bei den Soz., Heiterkeit.) Redner begeistert sich noch weiter an den von ihm als „Luxussteuern“ bezeichneten Konsumsteuern und richtet dann ein erstes Wort an die Freisinnigen: Von einigen freisinnigen Zeitungen und von den Abg. Wager und Schröder ist hier einer Verkopplung der sogenannten Verfassungsgarantien mit der Finanzvorlage das Wort geredet worden. (Entrüstung rechts.) Ein solcher Standpunkt, den die Herren Kopsch und Müller-Meinungen (Lachen bei den Soz. und im Zentr.) als „Kuchhandel und Erbsenpolitik“ bezeichnet haben, (Sturm. Just. rechts.) ist mir unverständlich und ziemt sich nicht für nationalgelinnte Männer. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Wir erklären mit aller Bestimmtheit, daß eine solche Politik von uns unbedingt abgelehnt werden würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden nie auf dieser Basis eine Verständigung mit diesen Herren suchen. (Demonstrativer Beifall rechts.) Wir hoffen jedoch noch auf eine Einigung. Auf beiden Seiten müssen Opfer gebracht werden, materielle Opfer und Opfer an Meinungen und Ansichten. Wir sind dazu bereit. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit bei den Soz., wiederholte Rufe: Nachlasssteuer, Nachlasssteuer!)

Dr. Weber (N.): Wir Nationalliberalen lehnen gleich den Konservativen jede Verquickung der Finanz- mit der Verfassungsfrage ab (Bravo! rechts.), eine Verquickung, zu der nach den Ausführungen des Herrn Speck auch das Zentrum zu neigen scheint. Um die Günst des Zentrums nicht zu werden; das Zentrum wird nur aufgefördert, an der Beseitigung der Finanznot mitzuarbeiten, die es selbst mit herbeigeführt hat. — Wir bekräftigen eine Reichsvermögenssteuer, obwohl die Millionäre viel höher besteuert sind, als die Sozialdemokraten behaupten. Redner verteidigt die Schutzpolitik. Die indirekten Steuern werden doch nicht allein von den Arbeitern getragen. (Zurufe bei den Soz.) Redner verwirft die Nachlasssteuern, die Banderolen- und die Infratensteuer, die Elektrizitätssteuer und akzeptiert das Branntweinmonopol. Die endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor. (Beifall b. d. Natl.)

Dr. Südekum (S.): Graf Schwerin-Löwig hat als Vorkämpfer der Freisinnigen verboten, bei der Finanzvorlage die Verfassungsfrage zu behandeln. Sonst würde die Steuervorlage von einem anderen Bloch gemacht werden. (Heiterkeit b. d. Soz.) Da wir glücklicherweise nicht zum 2. oder 3. Mal, brauchen wir nicht, wie der Herr Redner, auf Weisungen des Grafen Schwerin-Löwig zu hören. In der „Köln. Ztg.“ haben wir eine offizielle Mitteilung gelesen, wonach die Herren vom Bundesrat sich auf den Standpunkt des Grafen Schwerin gestellt haben. Dieses, das Auftreten des Lord Roberts im englischen Oberhaus und andere Ereignisse zeigen den engen Zusammenhang unserer Finanzmühsal mit dem persönlichen Regiment. (Widerspruch rechts.) Solange dieses bestehen bleibt, ist jede Steuererhöhung für die Volkserrettung völlig indiskutabel. Würden die Herren von der Rechten heute noch ebenso eifrig die Behauptung meines Freundes Geyer bestreiten, daß wir in ganz kurzer Zeit wieder eine neue Militärvorlage haben werden? Es gilt für uns jetzt nicht zu rechnen, sondern vor allem erst einmal abzurechnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unsere jetzige finanzielle Lage hängt eng zusammen mit unserer unheilvollen auswärtigen und inneren Politik. Der jetzige Reichskanzler fand bei seinem Amtsantritt eine glänzende Finanzlage vor.

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(26. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Auch Sie kannten die Ermordete, nicht wahr?“ fragte sie jetzt ohne Übergang.

„Nun loberte es doch wie eine Flamme in den Augen Glaubigs auf, und in seine Züge kam Bewegung. Aber von neuem bezwang er sich mit eiserner Gewalt.“

„Ich kannte die Schauspielerin nur von der Bühne her,“ gab er zur Antwort.

„Wirklich, — nur von der Bühne?“

„Nur von der Bühne,“ wiederholte er scharf. „Auch kann ich Ihnen leider keine weiteren Aufschlüsse über ihre Beziehungen zu Richard Claasen geben.“

„Ich bedarf dieser Aufschlüsse nicht,“ sagte die junge Dame stolz, „da ich hierüber genau unterrichtet bin. Ich hoffe nur, von Ihnen etwas Näheres über die Ermordete zu erfahren. Aber,“ fuhr sie fort, — „es ist genug, daß Sie mir Ihren Rechtsbeistand zugesichert haben. Ich habe außerdem noch einen Detektiv engagiert, der für mich in Leipzig tätig ist.“

Sie hatte sich bei diesen Worten erhoben, wie um sich zu verabschieden. Auch Glaubig stand auf; sein Gesicht erhellte der scharf Beobachtenden mit einem Male bleich und verstört.

„In Leipzig,“ wiederholte er, „weshalb in Leipzig?“

„Weil, wie Sie wissen werden, die traurigen Familienschicksale meines Verlobten sich dort abgespielt haben. Hat er Ihnen das niemals erzählt?“

„Bardon, — soweit ging sein Vertrauen zu mir nicht. Ich habe ihn hier in Berlin als den Maler Richard Claasen kennen gelernt und erst neuerdings erfahren, daß sein richtiger Name Bruns lautet. Dieser Namensstausch spricht leider nicht zu seinen Gunsten.“

Er zauderte, jedoch nur einen Moment. „Jawohl,“ sagte er dann.

„Dann haben Sie also auch den Vater Richards gekannt?“

„Gekannt, — nein,“ gab Glaubig zurück, indem seine Blicke sich auf den Boden hefteten; „ich habe von der Mordaffäre gehört, der er zum Opfer fiel, aber gekannt, — nein, gekannt habe ich ihn nicht.“

„Nun,“ schloß Elisabeth mit erhobener Stimme und ließ ihre Blicke noch einmal voll auf ihm ruhen, „mit Ihrer und des Detektivs Hilfe wird es mir hoffentlich endlich gelingen, den Mörder zu entdecken. Ich hoffe es mit Bestimmtheit, Herr Rechtsanwalt, mit voller Bestimmtheit.“

Damit verließ sie das Zimmer. Nun, da sie draußen war, drohte sie zusammenzubrechen. Sie mußte sich fest am Geländer halten, als sie die Treppe hinunterwante. Nach der ängstlichen Anspannung ihrer Nerven folgte eine völlige Erschlaffung ihrer Körper- und Seelenkräfte. Einige Augenblicke blieb sie an die Haustür gelehnt stehen, bis es ihr möglich war, den Rückweg anzutreten.

Fünfte und sechste Kapitel.

Es war schon sieben Uhr morgens. Trozdem rang das Tageslicht noch immer mit der trüben Frühämmerung. Wie wallende, graue Schleier wogte der feuchte Dunst hinauf und hernieder. Dicke Wolken wälzten sich über die nassen Dächer, und wie unbestimmte, düstere Massen tauchten die Reihen der Häuser aus dem Nebel. Das Leben des Tages erwachte mehr und mehr. In vielen Fenstern ward es hell hinter den Vorhängen. In der Mansardenwohnung Friedrichs Genzens freilich war die Lampe die ganze Nacht hindurch nicht erloschen; das Öl war jetzt ausgebrannt; die ersterbende Flamme schwebte auf dem geschwärzten Docht und vermochte die Schatten des schwermütigen Zwiellichts nicht mehr zu durchdringen.

Meta Genzen schlich auf den Fußspitzen heran, die Lampe in der Hand, füllte die Lampe frisch und zündete sie von neuem an. Sie sah bleich und übermüht aus. Die großen Augen blickten trübe und waren tief ungeschattet. Ein Frösteln durchschauerte ihren Körper. Fester schlug sie das Tuch um ihre Gestalt, in das sie sich die Nacht hindurch eingewickelt hatte; am Bette ihres Vaters hatte sie gewacht und sich vergeblich bemüht, ihm die langen, qualvollen Stunden zu erleichtern. Die furchtbaren Beklemmungen hatten ihn oftmals dem Wah-

sinn nahe gebracht. Seit einer kurzen Weile erst lag er still, mit geschlossenen Augen; sein Gesicht trug die Farbe des Todes.

Jetzt trat Meta ins Wohnzimmer, öffnete das Fenster und sah in den traurigen Morgen hinaus; ein paar nasse, welke Blätter wirbelten durch die schwere Luft und schlugen gegen die Scheiben. Mit müden Bewegungen ging sie an ihre Tagesarbeit; doch während der gewohnten Verrichtungen war ihr zumute, als ob ein schweres Unheil über sie kommen müßte. War es dieser trostlose Morgen vielleicht, der sie so beängstigte? Oder die Folgen der schlaflosen Nacht mit ihrer Not und Sorge? Metas lebhaftes Gemüt ließ sich stark von dem Einfluß äußerer Stimmungen beherrschen; es hätte sie erleichtert, wenn ein Lichtstrahl durch die Nebelmassen draußen gedrungen wäre.

Als sie mit dem Frühstück in das Krankenzimmer zurückkehrte, schlug ihr Vater die Augen wieder auf und sah sie hilflos an. Sie setzte das Brett auf ein Tischchen und löschte die Lampe, weil es endlich hell geworden war. Auf ihr Zureden nahm Genzen ein wenig Nahrung zu sich, die sie ihm einflößte, wie einem Kinde. Eine große Müdigkeit lähmte ihn jetzt, da die Unruhe von ihm gewichen war. Dennoch hörte Meta nicht auf, sich vor ihm zu fürchten, vor ihm und vor seinen seltsamen Reden. Lange schon war er ihr unheimlich. Und nur aus kindlicher Pietät tat sie sich Gewalt an und pflegte ihn mit der größten Sorgfalt und Pflichttreue.

Der starke Wein, von dem sie ihm einige Tropfen eingegeben hatte, durchtrann seinen Körper mit neuer Lebenskraft. „Du hättest mich hinüberchlummern lassen sollen, Meta,“ begann er mit matter Stimme, doch mit seiner gewohnten, einträglich singenden Art zu reden, „warum sollen Körper und Seele mit Gewalt zusammengehalten werden, wenn sie sich beide gegeneinander aufbauen? Mein Körper will Ruhe, Meta, endlich Ruhe, und mein Geist foltert mich, — martert mich —“

Er hielt inne; zwei rote Flecken brannten auf seinen stark vortretenden Wadenknochen.

„Warum sprichst du dich nicht ein einziges Mal aus, Vater?“ fragte Meta, von neuer Furcht ergriffen.

„Warum redest du verworren Dinge, die keine Bein nicht erleichtern, sondern nur...“

dem Chinafeldzug, der verfassungswidrig inaugurirt wurde, und an welchem Bülow hervorragend beteiligt war, gilt unsere Finanzpolitik. Fehlschlag folgte auf Fehlschlag und auf jeden Fehlschlag folgten neue Schiffe, neue Auflagen, neue Ausgaben, neuer Glanz und neuer Glanz und neue Lasten für das Volk. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die beständigen Eingriffe des beweglichen Faktors der Politik (Heiterkeit) in unsere und anderer Völker Angelegenheiten zwingen die fremden Völker tagtäglich zu einer Selbstverleugung gegen uns. Die große Aufgabe unseres Volkes hegt auch nicht das mindeste egoistische Selbst. Aber zu unserem Entsetzen mußten wir sehen, daß doch eine deutsche Gefahr bestanden hat und daß die Rechte andere Mächte darauf hinwiesen und sich dagegen setzten. Der Reichskanzler ließ die erkranklichen Handlungen des Monarchen ohne Widerspruch geschehen. Vizepräsident Dr. Baasche: Diese Fragen gehören nicht zur Finanzpolitik. (Widerspruch bei den Soz.) Ich teile Sie, dieselben möglichst kurz und nur im Zusammenhang mit der Finanzreform zu behandeln. Dr. Südekum (fortfahrend): Da der Kanzler nicht die erkranklichen Handlungen tat, sahen sich die auswärtigen Regierungen zum Zusammenschluß und zu verzweigten Klüften gezwungen. In England ist noch eben die Rede worden: was nicht uns die Friedensliebe des Volkes ist, das Reichstages, wenn es in Deutschland keine Garantien gegen Übergriffe des persönlichen Regiments gibt. Die einzige Möglichkeit zur Verminderung der Klüften und zu ihrer durchgreifenden Beseitigung zu kommen ist die Errichtung konstitutioneller Garantien. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Da haben wir den engen Zusammenhang zwischen Finanz- und Verfassungsfragen. Das Volk wird es nicht ertragen, wenn das Parlament diese erste Gelegenheit, sich die politische Macht zu verschaffen, unbentzt vorübergehen ließe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie kommt es, daß sich bei jeder Vorlage, wie bei den Interpellationen über das Ministerinterim, Vertreter der übrigen Einzelstaaten nicht hören lassen? (Sehr gut bei den Soz.) Hinter dem Fehlen scheint doch eine Absicht zu stecken. (Sehr gut! b. d. Soz.) Eine Annahme der jetzigen Vorlage ist eine einfache Abdankung des Reichstages. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Finanzminister Rheinbaben kam wieder mit seinen Tabellen, um die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter zu beweisen. Selbst eine starke prozentuale Steigerung minimaler Löhne raubt diesen nicht den Charakter von Hungerlöhnen. Wir bekämpfen im übrigen nicht die Steigerung der Arbeitslöhne; aber das weiß jeder Sozialpolitiker: ohne gewerkschaftliche Organisation werden sie nicht erreicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Trotzdem aber zweifelt der Finanzminister fortwährend auf die Beiträge, die die Arbeiter für die Gewerkschaften leisten. Er stellt es dann mit den indirekten Staatssteuern im Vergleich. Aber vergißt der große Rechenkünstler dann, daß es sich in den Beiträgen um erwachsene, selbständige Arbeiter, bei indirekten Abgaben dagegen um den Kopf der Bevölkerung handelt. Der Vergleich ist also unzulässig, um keinen reren Ausdruck zu gebrauchen, und um die subjektive Gerechtigkeit des Ministers nicht anzuzweifeln. (Sehr gut! b. d. Soz.) Gewiß haben die Gewerkschaften ein großes Verdienst. Aber was leisten sie auch dafür! Von ihren 55 Millionen Einnahmen im Jahre 1907 haben sie 5 1/2 Millionen in Arbeitslosenunterstützung gezahlt. (Hört, hört! b. d. Soz.) 13 Millionen für Streit ausgegeben. (Lebhaftes Hört, Hört! auf allen Seiten des Hauses.) Sie scheinen die Bedeutung dieses Volkes zu verkennen. Was die Arbeiter an Verbesserung ihrer Lebenslage erreicht haben, verdanken sie ihrer Arbeit in den Gewerkschaften und der Partei. (Lebh. Beif. b. d. Soz.) Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen wäre die ganze bürgerliche Gesellschaft schon längst zusammengebrochen. (Lachen rechts.) Glauben Sie etwa, Sie mit Ihrer unzureichenden Armenpflege den Chören der Arbeitslosen nicht müßsam entgegenzutreten? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Minister es den hohen Gewerkschaftsbeiträgen den Schluß ziehen will, es gebe den Arbeitern gut, so kommt er mit so vor, wie jemand, der sagt, Herrn X. muß es sehr gut gehen, er hat 300 Mk. für Arzt und Apotheker ausgegeben. (Gr. Heit.) Wer angeht des Wohlstandes, der Säuglingssterblichkeit, des Rückgangs der Militärtauglichkeit behauptet, daß deutsche Volk könne ohne weiteres die neuen Steuern auf sich nehmen, schlägt den Tatsachen gerade ins Gesicht. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) Der Reichskanzler freilich meint, man braucht nur zu sparen, abzusparen, in seinem Wämann das Festhalten ist; ein Gehalts und ein feines Schwanz, kann nur im Leben nützlich sein. (Gr. Heiterkeit.) Und deshalb glaubt er in den besonderen Nutzen der Sparpolitik. Der Reichskanzler spricht immer von der Sparpolitik und weist auf Frankreich hin. Die Franzosen sparen z. B. an der Bekleidung der Staatspigen. Sie besolden nur einen Präsidenten, wir aber haben zwei Tausend Zivilisten. (Heiterkeit

und Sehr gut! b. d. Soz.) Dann vergißt man auch bei den Vergleichen zwischen Deutschland und Frankreich die viel größere Kopfstärke der deutschen Familien. — Den Gemeinden in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit Sparbarkeit predigen, wie es der Reichskanzler getan hat, heißt den Arbeitslosen Steine statt Brot geben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Statt den Kommunen Sparbarkeit und damit Beschränkung ihrer Kulturaufgaben zu predigen, erweitert man ihre Rechte, beseitigt das Hausbesitzerprivileg und gebe ihnen erhöhte Selbstverwaltung. Auf Vermehrung der Selbstverwaltung läuft das Steuerproblem in Reich, Staat und Gemeinden heraus. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die alkoholischen Getränke sind hier als das beste Steuerobjekt bezeichnet worden. Die heutigen Wirtschaftszustände zwingen vielfach den Arbeiter geradezu zum Schnapsgenuss. Und wenn das Bier noch weiter verteuert wird, so wird dadurch der Schnapskonsum steigen. Wundersollte es uns übrigens, ob die Konservativen nicht bald zum Vorschlage der Selbsterwerbsteuer den der Trinkwasserbesteuerung zuzufügen werden. (Anruhe rechts. Sehr gut! b. d. Soz.) Gegen die Nachlasssteuer haben auch wir Bedenken, jedoch nicht solche prinzipieller, sondern steuerrechtlicher Natur. Eine gutausgearbeitete Erbschaftsteuer wird von Nutzen für die Finanzen sein. Was die Elektrizitätssteuer betrifft, so möchte ich den süddeutschen Abgeordneten sehen, der sich für diese Steuer erkläre würde. Er könnte sich für den Rest seines Lebens in einem ostfälischen Schulpalast anstellen. (Heiterk.) Wir sind durchaus nicht gegen alle neue Steuern und werden dem Vorschlage einer Reichs-Einkommensteuer und Reichs-Vermögenssteuer gern zustimmen. (Abg. Graf Schönerling rufte: Reichsversicherung verbietet es!) Das tut sie keineswegs; sie macht vielmehr ausdrücklich dem Reiche die Steuerhoheit. Wir werden gern in der Kommission mitarbeiten. Wo es gilt, das Volk vor neuen Lasten zu bewahren und ihm neue konstitutionelle Rechte zu erkämpfen, werden Sie uns stets auf dem Posten finden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Die Einnahmen der freien Gewerkschaften für 1907 betragen 53 Millionen. (Hört! hört! rechts.) Sie sind in 17 Jahren um das 50zige gesteigert. Die Gewerkschafts- und Parteibeiträge werden zwangsweise eingetrieben. (Anh. Lachen und Widerspruch b. d. Soz.) Aber bei den indirekten Steuern ist jeder sein eigener Exekutor. (Stürm. Lachen b. d. Soz.) Die sogenannte Belastung durch die Lebensmittelzölle wird von den Arbeitern auf die Arbeitgeber abgewälzt. (Erneute Heiterkeit b. d. Soz.) Fleisch- und Brotkonsum der deutschen Arbeiter sind gewaltig gestiegen. Schippel, Calmer, Engels und Kautsky haben anerkannt, daß der Staat ohne indirekte Steuern nicht auskommen kann. — Es gibt nur eine deutsche Gefahr (Laute Zurufe b. d. Soz.: Kreuzen! Lärm rechts) nämlich, daß den deutschen Arbeitern ihr schönes teures Vaterland vererbt wird. (Zurufe bei den Soz.: Hurra! Hurra! Gr. Heiterkeit. Anruhe im ganzen Hause.) Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß: 7 Uhr.

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

II.
3. Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes.
Eine noch schlimmere Rückständigkeit des Unfallversicherungsgesetzes kommt in der unzulänglichen Entschädigung der Unfallfolgen zum Ausdruck. Nicht genug, daß dem Verletzten nicht der durch den Unfall entstandene volle Schaden ersetzt, sondern nur eine Rente aus zwei Dritteln des festgestellten Jahresarbeitsverdienstes gewährt wird, erhalten die landwirtschaftlichen Verletzten noch wesentlich weniger, indem der Berechnung ihrer Rente nicht ihr tatsächlicher Jahresarbeitsverdienst, sondern ein von den Bezirks- oder Kreisbehörden festgestellter Durchschnittsbetrag zugrunde gelegt wird. Dieser amtlich ermittelte Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter bleibt fast allgemein weit hinter ihrem wirklichen Lohn Einkommen zurück. Teilweise kommen für männliche Arbeiter noch Jahresarbeitsverdienste von 400 Mark als Grundlage für die Rentenfestsetzung in Anwendung. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit den ortsüblichen Tagelöhnen, die ebenfalls oft sehr erheblich niedriger als die am Orte üblichen Niedrigstlöhne sind. Daß derartige Festsetzungen noch bestehen, daran sind die Arbeiter nicht ganz unschuldig, begegnet man doch in bezug auf die Be-

deutung der durchschnittlichen Jahresverdienstfestsetzung mit der ortsüblichen Tagelöhne in den arbeitenden Kreisen einer sehr weitgehenden Unkenntnis und Gleichgültigkeit. Die gewerkschaftlichen Organisationen könnten hier manches bessern.

4. Hilfslosen- und Azendentenrente.
Als im wesentlichen auf dem Papier stehend und auf dekorative Wirkung berechnet, erscheinen nach den Sekretariatsberichten die Bestimmungen über Hilfslosen- und Azendentenrente. Erstere soll nach § 2 Abs. 3 G.-U.-G. gewährt werden, wenn der Verletzte durch die Folgen des erlittenen Unfalles nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden ist, daß er ohne fremde Wartung und Hilfe nicht bestehen kann. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen kann eine Erhöhung der Rente bis auf 100 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes erfolgen. Wie äußerst selten tritt aber ein solcher Fall ein! Auf beiden Augen Erblindeten wird in der Regel nur eine Rentenerhöhung bis zu 80 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes gewährt. Dieselbe Rente erhielt ein Verletzter, der mit Ausnahme der Daumen sämtliche Finger an beiden Händen verloren hatte, und das Mannheimer Sekretariat führt einen Fall an, wo ein an Rückenmarkslähmung leidender Verletzter, der sich nur mittelst eines Fahrstuhles fortbewegen konnte und in diesen herab- wie auch wieder herausgehoben, sowie an- und ausgekleidet werden mußte, nur eine 85proz. Rente erhielt. Was ist eine durchaus unzureichende Entschädigung! Wenn in solchen schweren Fällen nur eine Teilrente gewährt wird, welche Verhältnisse sind dann notwendig, um den vollen Jahresarbeitsverdienst als Entschädigung zu erlangen? Hier liegt offenbar eine durch nichts gerechtfertigte Rücksichtnahme der entscheidenden Instanzen auf die Berufsgenossenschaften vor. Diese Sparbarkeit auf Kosten der Verletzten ist leider auch bei anderen Gelegenheiten zu beobachten.
Nach § 18 G.-U.-G. und den analogen Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze haben Verwandte der aufsteigenden Linie, das sind Eltern, Großeltern oder elternlose Enkel des verstorbenen Verletzten, falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde, bis zum Wegfall der Bedürftigkeit oder — bei Enkeln — bis zum vollendeten 15. Lebensjahre eine Rente von insgesamt 20 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu beanspruchen, soweit die Rente nicht von dem Ehegatten und den Kindern des Verstorbenen in Anspruch genommen wird. Auch diese Fassung ist, obwohl sie gegen früher eine wesentliche Abschwächung erfahren hat, noch zu hart und führt — wie die Berichte zeigen — in vielen Fällen zur Abweisung von durchaus berechtigten erscheinenden Entschädigungsansprüchen, weil der Verstorbene die Hinterbliebenen nicht ganz oder überwiegend unterhalten, sondern nur in wesentlichem Umfange unterstützt hat. Mit Recht weist der Bericht des Breslauer Sekretariats noch auf einen weiteren Mangel des § 18 G.-U.-G. hin. Zu den Enkeln sind bekanntlich auch die unehelichen Kinder einer verstorbenen Tochter zu rechnen. Es ergibt sich deshalb aus der gegenwärtigen Fassung des § 18 G.-U.-G. die Konsequenz, daß uneheliche Kinder eine Rente beziehen können, wenn ihr Großvater infolge eines Unfalles verstorben; nicht aber, wenn ihr Vater tödlich verunglückt.
5. Unfallfürsorge der Krankenkassen.
Ziemlich häufig sind nach den Berichten die Fälle, daß die Krankenkassen der ihnen durch § 12 G.-U.-G. auferlegten Verpflichtung, den Verletzten nach der 5. Woche nach dem Unfall einen Zuschuß zum Krankengeld zu zahlen, nicht nachkommen und ebenso, daß sie mit Ablauf der 13. Woche ihre Unterstützungsleistungen einstellen, ohne sich darüber zu vergewissern, ob auch die zuständige Berufsgenossenschaft die Fürsorge für den Verletzten übernimmt. Für die Verletzten hat das oft die unangenehme Folge, mit Ablauf der 13. Woche ohne jede Unterstützung dazustehen und sich an die Armenbehörde wenden zu müssen. Selbstverständlich ist ein solches Verfahren ungesetzlich, denn auch Verletzte haben, falls die Berufsgenossenschaft nicht mit der 14. Woche nach dem Unfall die Fürsorge übernimmt, bis zum Ablauf der 26. Woche Anspruch auf die statutenmäßigen Leistungen der Krankenkasse. Letztere haben lediglich das Recht, für ihre nach der 13. Woche im

„Mehr, als du ahnst vielleicht, verübe ich dich,“ murmelte Meta, während sie leise aufstöhnte: er hatte sie nicht gehört und fuhr nun ruhelos, mit immer leiserer Stimme fort: „Sterben will ich endlich, — sterben, — hindere mich nicht mehr daran, Meta. Ob es da droben wohl einen Ausgleich gibt? — Hier in dieser verurteilten Welt wird man zum Wahnsinn getrieben, — zum Wahnsinn!“
Er versuchte, sich emporzurichten, seine Augen starrten auf einen Ausdruck entsetzlicher Qual in die leere Luft. Mit odersängst sah Meta, daß die schrecklichen Zustände der acht ihn wieder bedrohten. Doch er war zu schwach, kraftlos jaht er zurück, und zu Metas unendlicher Erschütterung stieß er die Augen. Sie hatte schon in der Nacht den Arzt sehen wollen, doch mit wahrer Hast und fieberhafter Erregung hatte ihr Vater es ihr verboten. Nun graute ihr das, allein und ohne Beistand mit ihm zu sein, wenn seine gute Stunde herannahe. Eben war sie noch mit diesem igtvollen Gedanken beschäftigt, als die Glocke an der Eintretter ertönte. Meta sprang vom Stuhle auf und eilte fort, zu öffnen. Wer konnte das sein — zu so früher Stunde? Es war erst neun Uhr vorüber!
Sprachlos vor Überraschung stand sie nach wenigen Augenblicken vor Elisabeth Seydel.
Schrecken, Verlegenheit, Furcht kämpften in ihr; sie hatte kaum ein Wort zu jenem verhängnisvollen Tage, an dem sie ihren Vater und sie selbst so namenlos erregt hatte, sich nicht wiedersehen. Was konnte sie heute zu so früher Stunde hergeführt haben?
Diese angsterfüllte Frage mußte sich in ihren Augen, ohne sie sie zu fragen. Und nun stand Elisabeth vor ihr, emlos, mit hochschlagendem Herzen und in einer ihr nicht völlig fremden Aufregung, so daß Metas Beirührung sich steigerte.
„Schrecken Sie nicht, Meta,“ begann Elisabeth, „daß ich schon hierhergekommen bin, aber ich muß Sie sprechen, Sie um etwas fragen.“
Unter diesen hastig hervorgehobenen Worten folgte sie Meta in das Wohnzimmer.
„Was ist geschehen, — um Gottes willen?“ brach sie aus, die nicht mehr an sich hielt; die furchtbare Spannung brach auf ihre Brust wie ein eisernes Gewicht.
„Nichts, was Sie beunruhigen könnte, Meta, aber hier, — sehen Sie hier diesen Brief, den ich heute morgen bekommen habe!“
Mit bebenden Fingern entfaltete sie das Schreiben und las mit fliegendem Atem die folgenden Worte:
„Wenn Ihnen daran gelegen ist, sehr wichtige Mitteilungen über die Angelegenheit zu erhalten, die Ihnen am meisten am Herzen liegt, so finden Sie sich am Dienstag abend um 8 Uhr am Invalidenpark ein; das, was der Schreiber dieses Briefes Ihnen zu sagen haben wird, kann vielleicht zur Rettung des Mannes beitragen, den Sie befreien wollen. Der Unterzeichnete ist aus manchen Gründen gezwungen, Ihnen einen dritten Ort zur Besprechung vorzuschlagen, weil er unerkannt bleiben muß. Ist Ihnen also Ihre Sache ein Opfer wert, dann erscheinen Sie am Bestimmungsorte.“
Der Apostel.
Meta erfaßte die beiden Hände Elisabeths mit schmerzhaftem Druck und sah sie mit ihren großen, heißen Augen stehend an. „Um Gottes willen, Fräulein Seydel!“ rief sie aus, „Sie werden doch nicht daran denken, dorthin zu gehen? Der Brief ist mit verstellter Handschrift geschrieben, das steht man ja auf den ersten Blick.“
Mit fest entschlossenem Ausdruck erwiderte Elisabeth: „Sicherlich werde ich hingehen. Soll ich vor dem ersten Opfer feig zurückweichen, durch das ich Richard vielleicht retten kann, — ihn retten, Meta, o denken Sie doch, was das für mich bedeutet! Nein, über das, was ich zu tun habe, bin ich keinen Augenblick im Zweifel.“
Meta rang die Hände. Sie konnte es gar nicht fassen, daß Fräulein Seydel diesen gefährlichen Weg gehen wollte.
„Ist Sie's nicht, — ich sehe Sie an, — tun Sie's nicht, Fräulein Seydel, ich könnte es mir nie vergeihen, wenn ich Sie nicht mit aller Macht davon zurückhielte. Was könnte ein Mensch wie der Apostel — wenn der Brief wirklich von ihm stammt — Ihnen zu enthüllen haben? Ein Mensch, der — der — o, liebes Fräulein Seydel, hören Sie doch nur ein einziges Mal auf mich!“
„Was wissen Sie Näheres über diesen Mann? Das zu hören, bin ich hierhergekommen,“ fragte Elisabeth. „Statt

„Ein Mensch aus den untersten Volksschichten, Modell von verrufenem Lebenswandel, das sich bald hier in Berlin, bald anderswo aufhält, wo es sich gerade vor der Polizei verbergen kann. Was könnte dieser Mensch Ihnen zu sagen haben?“
„Sehr viel,“ gab Elisabeth ruhig und bestimmt zur Antwort. „Das wissen Sie selbst so gut wie ich. Von diesem Menschen haben Sie den Schmutz erhalten, und bebenden Sie doch, Meta, wie eng der Schmutz diebstahl mit den einzelnen Tatsachen dieses unfeligen Wortes verknüpft ist! Wer weiß, welche Enthüllungen der Apostel mir zu machen hat, wenn auch vielleicht, wie ich vermute, nur selbstmüthige Gründe ihn dazu getrieben haben. Beschreiben Sie mir sein Äußeres genau, damit ich ihn erkennen kann. Keine Macht der Erde wird mich von dem Gange zurückhalten.“
Meta gehorchte und beschrieb die Erscheinung des Apostels, dann aber brach das Mädchen leidenschaftlich aus: „Sie wagen fast unmögliches, — und Sie wagen es umsonst, ich möchte darauf schwören.“
„Und wenn ich mein Leben wagen müßte,“ unterbrach Elisabeth mit ruhiger Entschiedenheit, „ich folge der Aufforderung. Machen Sie keinen vergeblichen Versuch, mich zurückzuhalten. Wenn Sie mir dienen wollen, so sagen Sie mir alles, was Sie über den Apostel wissen.“
„Gern, gern, aber es ist nur wenig. Als Modell habe ich ihn hin und wieder in den Ateliers getroffen: ich sah ihn zu gefallen, und er hat mir dann in plumpe Weise nachgestellt. Das beweist ja auch das Gesicht des Schmutzes. Von den persönlichen Verhältnissen des Menschen weiß ich nichts, aber warnen muß ich Sie immer wieder vor ihm, und wenn Sie durchaus gehen wollen, so gehen Sie wenigstens nicht allein, — lassen Sie mich mit Ihnen den Weg antreten, ich sehe Sie darum an, Fräulein Seydel.“
„Ich danke Ihnen, Meta, aber es ist besser, wenn ich allein gehe; da er Sie kennt, so könnte ihn das vielleicht veranlassen, mit seinen Mitteilungen zurückzuhalten; er schreibt ausdrücklich, daß er unerkannt bleiben möchte. Dazu wird er seine Gründe haben, denn sonst hätte er mich doch in meiner Wohnung aufgesucht.“

(Fortsetzung folgt.)

Interesse des Verletzten gemachten Aufwendungen von der entschädigungspflichtigen Berufsgenossenschaft Ersatz bis zur Höhe von drei halben Monatsraten zu beanspruchen. Dieser Ersatzanspruch ist für die Krankenkassen zwar ungenügend, berechtigt sie aber nicht zu der Praxis, die der Stettiner Sekretariatsbericht von mehreren Betriebskrankenkassen erwähnt, daß sie die Arbeiter schriftlich verpflichten, die ihnen nach der 13. Woche gewährte Unterstützung zurückzuerstatten. Ein ähnliches Vorgehen erwähnt der Brandenburger Bericht von Betriebskassen, welche Verletzte zu beeinflussen suchten, auf den ihnen zulehrenden Krankengeldzuschuß zu verzichten. In beiden Richtungen ist das Verfahren der Krankenkassen durchaus ungefällig.

Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Meißener Berichts, wonach die Unternehmung gegen den § 12 G.-U.-G. Sturm laufen. In einem Zirkular forderte die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft ihre Mitglieder um Mitteilung darüber auf, in wie vielen Fällen im Laufe des Jahres 1908 Krankengeldzuschuß bezahlt wurde, und wie hoch sich der Aufwand hierfür insgesamt beläuft. Die Anregung zu dieser Umfrage geht von dem Verbands der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften aus. Das gesammelte Material soll dem Reichsversicherungsamt bezw. dem Reichsamt des Innern unterbreitet werden und dazu dienen, eine Gesetzesänderung, also die Beseitigung des § 12 G.-U.-G. herbeizuführen. So ohne weiteres werden sich wohl die Arbeiter mit der Verwirklichung dieser Absicht nicht zufrieden geben!

Soziales und Parteileben.

Unfall-Statistik. Das Reichsversicherungsamt stellt zurzeit eine Statistik der Unfälle im Bereich der Gewerbe-, Bau- und See-Unfallversicherung zusammen. Es kommen dabei rund 80 000 Verletzte in Frage.

Keine Grubenmishände — alles in Ordnung! 1500 Bergleute der Saar- und Moselgrube, Schacht V (Merlenbach), legten am 21. d. M. die Arbeit plötzlich nieder, weil sie durch mehrere Grubenbrände die Betriebssicherheit in so hohem Maße gefährdet hielten, daß sie eine größere Katastrophe befürchteten, gegen die sie sich nicht anders als durch einen Ausstand glauben schützen zu können. In fünf verschiedenen Abteilungen sind größere Grubenbrände ausgebrochen, die eine solche Menge giftiger Gase erzeugen, daß nach Meinung der Bergleute in sämtlichen Revieren direkte Lebensgefahr besteht. Die ausländische Belegschaft fordert nun Sicherheit des Betriebes und Garantien dafür, daß einer Katastrophe wie auf Dabod vorgebeugt wird, und hat eine Kommission von 6 Mann beauftragt, diese Forderungen der Direktion vorzutragen. Direktor Lafke hat die von der Belegschaft gewählte Kommission nicht empfangen, nahm aber die Forderungen durch zwei Grubenaufsichtsglieder entgegen, mit denen die Direktoren in Gegenwart des Bergmeisters von Saargemünd, Herrn von Braumichl, verhandelten und der Belegschaft folgende Antwort erreichten: „Der Vorwurf, daß durch mehrere Grubenbrände die Sicherheit des Betriebes gefährdet sei und daß seitens der Verwaltung nicht die nötigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden wären, wird zurückgewiesen. Herr Bergmeister von Braumichl bestätigt, daß er am vorigen Sonntag die Überzeugung gewonnen habe, daß die Wetterführung eine geregelte und eine Gefahr für die Sicherheit der Belegschaft nicht vorhanden gewesen sei. Wäre eine derartige Gefahr zu befürchten gewesen, dann würde er die Infahrt am Montag verboten haben. Der Tod des Bergmannes Bier sei auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Die Behauptung, daß es bei der Vergung der Leiche an Rettungsapparaten und an Sauerstoff gefehlt habe, entspreche nicht den Tatsachen. Die Verwaltung erachtet es für ihre Pflicht, genügend Rettungsapparate zur Verfügung und sie vor allen Dingen jederzeit gebrauchsfähig zu halten. Sämtliche Beamten und eine Anzahl Arbeiter sind mit der Handhabung der Apparate vertraut und es werden jeden Sonntag entsprechende Übungen abgehalten.“ Trozdem also 1500 Bergleute den Betrieb für gefährlich halten, trotzdem die Leute durch die Stickgase fallen wie Fliegen und schließlich zu dem äußersten Mittel des Streiks greifen, um sich die Betriebssicherheit zu erkämpfen, erklärt ein tüchtlicher Revierbeamter, daß durch die zahlreichen Grubenbrände die Betriebssicherheit nicht gefährdet sei! Als am Montag die Belegschaft von dieser Antwort Kenntnis erhielt, flog die Empörung derart, daß auch die Belegschaften der anderen Schächte die Arbeit einstellen und sich mit ihren Kameraden auf Schacht V solidarisch erklärten. Es befindet sich nunmehr die ganze Belegschaft der Saar- und Moselgrube im Streik, an 4000 Bergleute, die sich jetzt nicht mehr mit den Forderungen um Sicherheit des Betriebes begnügen, sondern auch Lohnforderungen stellen. In einer Massenversammlung in Merlenbach protestierte die Belegschaft gegen die Behauptung des Bergmeisters von Braumichl, und es wurde sogar von Bergleuten behauptet, der Bergmeister hätte die Grube nicht befahren. Nach Neiden, nach Kosseln, nach Dabod sei auch alles in Ordnung gewesen, aber trotzdem seien Hunderte ums Leben gekommen. In einer Versammlung in Spittel, wo die Belegschaften der Schächte 2 und 6 sich dem Streik anschlossen, warnte der Bergmeister sofort vor dem Streik, da die Zeiten schlecht seien. Es wurde ihm antwortend: „Ja, es geht uns miserabel schlecht!“ Schließlich wurde der Bergmeister ausgepöfien und so gab er den Versuch auf, die Verwaltung noch weiter reinzuwaschen. Beide Versammlungen wollten dem Arbeiterauschuß ein Mißtrauensvotum aus, hielten ihre Forderungen aufrecht, wählten eine neue Kommission von 7 Bergleuten, der Kameraden von jeder Schicht angehören. Die Kommission soll eine nochmalige Verständigung versuchen, und dann wollen die Belegschaften ihr weiteres Verhalten von der Antwort der Direktion abhängig machen. Man rechnet damit, daß Dienstag der Streik beschlossen wird, der dann längere Zeit dauern dürfte. — Wolffs Bureau meldet aus Karlingen: Der Streik auf der Grube Merlenbach dauert unverändert weiter. Von 3330 Arbeitern sind 529 eingefahren.

Notstandsarbeiten. Im Gemeinderat Mülhausen im Elsaß erklärte in einer mehrstündigen Nachtigung, in welcher niemand an der Verschleppung der Notstandsarbeiten schuld sein wollte, der Beigeordnete für die städtischen Bauangelegenheiten, die Stadt könne jetzt für längere Zeit zu den in den letzten Tagen bereits eingestellten Notstandsarbeitern noch 250 Arbeitslose beschäftigen. Es wurde für alleinlebende Arbeiter ein Tagelohn von 2,60 Mk., für solche, die Angehörige zu unterstützen haben, ein Tagelohn von 3 Mk. festgesetzt. Die Rundgebungen der Arbeitslosen blieben also doch nicht ohne Wirkung. In derselben Sitzung beschloß der Gemeinderat, an Stelle der 14tägigen Lohnzahlung für alle städtischen Arbeiter die wöchentliche Lohnzahlung einzuführen.

Lohnkampfbrexit der schwedischen Buchdrucker. Der Tarifvertrag der schwedischen Buchdrucker läuft mit dem 31. Dezember ab. Für den Fall, daß ein neuer Vertrag nicht zustande kommt und damit ein Lohnkampf ausbricht, hat ein Konsortium von 17 Banken den Buchdruckern einen Kredit von 2 Millionen Kronen zugesichert. Die Prinzipale haben diese Tatsache durch Telegramme in allen Zeitungen des Landes verkünden lassen, offenbar um mit ihrer Kriegsanleihe der Beihilfenschaft von vornherein einen heilsamen Schreck einzujagen, was aber sicherlich ein verfehltes Beginnen ist.

Ein sonderbares Urteil. Vor einiger Zeit hatte der Buchhändler Genosse Thieme in Frankfurt a. M. aus dem Nachschuß die Wiener Revolution von 1848 einen Aufruf an die österreichischen Soldaten ausgehängt, worin diese aufgefordert werden, nicht auf ihre Brüder zu schließen. Er mußte sich deswegen vor der Strafkammer wegen Vergehens nicht gegen den § 112, wie die Anklage ursprünglich angenommen hatte, sondern gegen § 110 St.-G.-B. verantworten. Genosse Thieme wurde zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte in ihrer letzten Fraktionsitzung zu Rednern der voraussichtlich in nächster Woche zur Beratung gelangenden Initiativanträge, die auf Ministerverantwortlichkeit usw. abzielen, die Genossen Ledebour, Singer und Heine. Zu Staatsrednern wurden Scheidemann und Singer bestimmt. Der Staatskommission soll außer diesen Staatsrednern Genosse Ledebour angehören. Wie früher soll auch in diesem Jahre ein Fraktionsmitglied (Singer) ständig in der Kommission bleiben und bei Beratung der einzelnen Statistiken andere Genossen an Stelle der beiden Kommissionsmitglieder eintreten. In die Kommission zur Beratung der Finanzreformgesetze sollen bei der Beratung des Mantelgesetzes Geyer, Singer und Stadthagen und, falls der Fraktion vier Sitze eingeräumt werden, Südekum eintreten. Bei Beratung der einzelnen Steuergesetze werden die drei zuletzt Benannten nach Bedarf durch andere Genossen abgelöst.

Handsuchung. In der Druckerlei der „Weimartischen Volkszeitung“, die sich in Gera befindet, wurde am 25. November eine Haussuchung nach dem Manuskript eines Artikels: „Weltkandal in der deutschen Justiz“ vorgenommen. Der Artikel befaßte sich mit dem bevorstehenden Prozeß gegen den Dr. Wernsdorf in Rena wegen Verleumdung einer Anzahl Rechtsanwältinnen und hoher richterlicher Beamten im Großherzogtum Weimar. Es wird darin Bezug genommen auf die konfizierte Broschüre Wernsdorf und auf die auffällige Tatsache, daß die Prozeßverhandlungen immer wieder vertagt werden. Die Haussuchung erfolgte auf Antrag des Staatsanwalts in Weimar, verlief aber natürlich erfolglos.

Aus dem Gerichtssaal.

Zur Rechtfertigung des Gesindes. Selbst dem preussischen Kammergericht geht die Rechtfertigung des Gesindes, die sich in den Gerichtsentscheidungen widerspiegelt, zu weit. Dieser Tage hob es eine Entscheidung des kösliner Landgerichts auf, die von vollständiger Unkenntnis des Gesetzes seitens der gedachten Richter Zeugnis ablegt. Das Dienstmädchen Kunde hatte vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit seinen Dienst beim Fleischermeister Klog in Belgard verlassen und war deshalb wegen Übertretung des Ausnahmevertrages gegen das Gesinde und gegen ländliche Arbeiter angeklagt worden. Dieses Gesetz vom 24. April 1854 stellt u. a. unter Strafe das Verlassen des Dienstes ohne gesetzmäßige Ursache. Die Angeklagte machte geltend, sie habe Ursache genug gehabt. Klog habe sie geschlagen und in ihre Stube eingeschlossen. Das Landgericht köslin verurteilte sie jedoch zu einer Geldstrafe von 15 Mk. Maßgebend war dem Gericht die eidliche Aussage des Dienstherrn, daß er ihr „nur“ eine „leichte“ Ohrfeige gegeben habe und daß die Tür ihrer Stube nur geschlossen und nicht verriegelt worden sei. Die Ohrfeige, so meinte das Gericht, hätte der „Herr“ dem Gesinde verabreichen dürfen, weil ihm das Recht zu einer gelinden Züchtigung zugehört habe. Das Kammergericht hob auf die Revision der Angeklagten das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt: Das Vorderurteil stelle deutlich die Behauptung auf, es stände der Herrschaft ein Züchtigungsrecht zu. Dadurch werde aber Artikel 95 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch verletzt, worin ausdrücklich bestimmt sei: „Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstherrn gegenüber dem Gesinde nicht zu.“ Ferner habe das Landgericht unterlassen, festzustellen, ob die zwar über 18 Jahre, aber unter 21 Jahre alte Angeklagte zu dem Dienstvertrag mit Klog die Genehmigung ihres gesetzlichen Vertreters (Vaters, Vormunds usw.) hatte. Es sei nicht beachtet worden der § 107 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Der Minderjährige bedarf zu einer Willenserklärung, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters.“ Es wäre also zu erörtern gewesen, wie der Dienstvertrag zustande gekommen sei; ob die Angeklagte überhaupt berechtigt gewesen sei, den Dienst anzunehmen. Wenn nicht, dann hätte sie ihn schon deshalb jederzeit verlassen können. Dann sei auch vom Landgericht nicht geprüft worden, ob nicht der Tatbestand der §§ 136 und 137 der Gesindeordnung vorliege. Danach könne das Gesinde den Dienst ohne vorherige Kündigung verlassen: 1. wenn es durch Mißhandlungen der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden sei; 2. wenn die Herrschaft das Gesinde auch ohne solche Gefahr, jedoch mit unverschämter und ungewöhnlicher Härte behandelt habe. Es hätte hier geprüft werden müssen, inwieweit das Gesinde etwa mit auschweifender Härte behandelt worden sei. Und der Einwand der Angeklagten, sie sei eingesperrt worden und habe auch aus diesem Grunde den Dienst verlassen, hätte gleichfalls nicht damit abgetan werden dürfen, daß die Tür nur eingeklinkt worden sei und nur gesperrt habe. Bei der Feststellung des subjektiven Verschuldens der Angeklagten wäre es darauf angekommen, was die Angeklagte glaubte. Wenn sie der Meinung war, sie sei eingesperrt gewesen, und wenn darin eine Behandlung mit auschweifender Härte gefunden werden würde (was das Revisionsgericht nicht nachzuprüfen habe), so käme in Betracht, ob Angeklagte nicht wegen des Verlassens des Dienstes strafrei bleiben müsse, weil der Dolus fehlte. — Alle diese Erwägungen müßte die Vorinstanz bei der neuen Verhandlung berücksichtigen. — Ungeheuerlich ist, daß die drei gelehrten Richter von der seit dem 1. 1900 in Kraft getretenen Aufhebung des Züchtigungsrechts nichts wußten, aber dem Mädchen ansahen, es müsse die Gesetze in der vom Gericht beliebigen Auslegung kennen.

Wohnten eines Handwerksmeisters. Vor dem Belziger Schöffengericht kamen am Donnerstag eine Reihe von Rohleisvergehen, welche dem Schloffermeister Ernst aus Belzig zur Last gelegt wurden, zur Verhandlung. Ernst soll seine Lehrlinge mit glühenden Eisen, ebenso mit dem Hammer geschlagen haben. Der Hauptbelastungszeuge, ein Maurer R. aus Belzig, hat einen der Lehrlinge auf eine Nacht zu sich genommen. Abends, als er den Lehrling zur Ruhe bringen wollte, bemerkte er, daß der Knabe noch im Rücken Schmerzen hatte; als R. ihn dann genauer untersuchte, fand er, daß der Rücken des Unglücklichen zum Teil blutunterlaufene Stellen und zum Teil offene Wunden aufwies, von denen Frau R. mit warmem Wasser das Hemd erst losweihen mußte. Die meisten Lehrlinge haben ihre Lehrzeit bei Ernst nicht beendet, da es nach ihren Angaben nicht zum Ausbalten war. In den letzten Jahren führte Ernst die Lehrlingsmißhandlungen in Gemeinschaft mit seinem Sohne aus. Das Gericht verurteilte deshalb Ernst sen. zu 1000 Mk. Geldstrafe und Ernst jun. zu 100 Mk., dazu die Kosten des Verfahrens. — Beantwortet war gegen Ernst sen. 1 Jahr Gefängnis. Trozdem will Ernst, wir verlaute, gegen das auffallend milde Urteil noch Berufung einlegen. Wie kann man einem solchen Prügelmeister überhaupt das Recht belassen, Lehrlinge auszuibnen?

Ein drakonisches Urteil wurde vom Landgericht Landau gefällt. Ein Fuß-Artillerist vom zweiten Artillerie-Regt. in Metz hatte während seines Urlaubs eine Kirchweih besucht und dort mehr dem Wein zugesprochen, als er vertragen konnte. Er titulierte einen Feldwebel in seinem Kaufschilde mit Kohldampfschieber, und da es beim Militär keine Kohldampfschieber gibt, wurde der Zursif als schwere Beleidigung mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Aus Nah und Fern.

Vom Geraer Arztestreit. Im Januar 1903 legten plötzlich die Ärzte der Geraer Textilbetriebskrankenkasse die Arbeit nieder, weil sie in Differenzen mit dem Vorstand gekommen. Die Kassenleitung behielt von der rückständigen Honorarpauschale eine Summe von 4000 Mk. zurück und stellte Ärzte an, denen sie eine Mindesteinnahme von 5000 Mk. auf die Dauer von 5 Jahren zusicherte. Die früheren Kassenärzte klagten gegen die Kasse auf Herauszahlung der 4000 Mk. und haben nunmehr in allen Instanzen ein obliegendes Urteil erstritten. Die Kasse behauptete, daß die Ärzte einen Vertragsbruch begangen hätten, das Reichsgericht als letzte Instanz entschied aber, daß die Ärzte in Wahrung ihrer Interessen gehandelt haben und berechtigt waren, ihre Arbeit einzustellen. Die Textil-Betriebskrankenkasse muß auch die an 2000 Mk. betragenden Kosten zahlen. Bemerkenswert sei noch, daß im Verlaufe des Arztestreits auch ein Duell zwischen einem Arzt und einem Fabrikanten stattfand, bei dem aber nur zwei Löcher in die Luft geschossen wurden.

Rettung verschütteter Bergleute. Die durch den Gesteinsbruch auf der Zeche „Hannover“ in Hordel bei Bochum verschütteten beiden Bergleute Martin Holstein und Johann Nowack sind, wie schon berichtet, nach 93 Stunden qualvollen Harrens am Dienstag früh unverfehrt befreit worden. Über die Katastrophe und das Rettungswert wird dem „Verl. Lokal-Anz.“ aus Bochum eingehender berichtet: Die am Freitag voriger Woche auf der Zeche „Hannover“ verschütteten beiden Knappen Holstein und Nowack arbeiteten als Kameraden zusammen in einem Aufbau von der 490-Meter-Sohle zur 334-Meter-Sohle. Sie hatten in einem Schiefbau, der von dem Aufbau drei Meter tiefer liegt, Bohrungen angelegt und erwarteten den Schiefermeister, der die Schiffe abgeben sollte. Nowack ging um 12 Uhr mittags mit seinem Kameraden zum Schieferort. In dem Augenblick, als er den Aufbau betreten wollte, hörte er über sich ein furchtbares Krachen und Poltern. Schnell sprang er in den Schiefbau zurück und rettete damit sein Leben, denn fast in demselben Augenblick stürzten gewaltige Gesteinsmassen aus der Höhe herab. Der Einsturz war offenbar durch eine im Aufbau befindliche Störung des an dieser Stelle sonst sehr guten Gebirges und durch viel Wasser verursacht worden. Durch das Wasser war das sogenannte „Liegende“ aufgeweicht worden, die Bergmassen waren in Bewegung geraten und in den Aufbau hineingestürzt. Eine große Masse der Gesteinstrümmer legte sich vor den Schieferort, in dem sich die beiden verschütteten Knappen befanden. Wenn es den im Schacht arbeitenden Kameraden nicht gelang, durch die Trümmer einen Zugang zu dem unfreiwilligen Gefängnis zu bahnen, drohte den Eingeschlossenen, die bei dem Gesteinsfall unverletzt geblieben waren und bald feststellen konnten, daß ihnen genügend frische Luft zur Verfügung stand, um eine Zeitlang in dem verschütteten Schieferort auszuharren, der Tod durch Hunger und Durst. Zum Glück war der Einbruch bald bemerkt worden, und die Kameraden begannen sofort mit dem gefährlichen Rettungswert unter der umsichtigen Leitung des Betriebsführers Mehlner. Man versuchte zunächst, durch Forträumen der hereingebrochenen Gesteinsmassen den Weg freizubekommen. In unermüdlicher, aufreibender Tätigkeit, in der sich die Knappen in kurzen Zeiträumen ablösten, wurden riesige Mengen Trümmer fortgeschafft, und unter schwierigen Verhältnissen, da nur zwei Mann gleichzeitig arbeiten konnten, wurden 100 Wagen Gesteinsmassen aus dem Bruch entfernt. In dieser Weise arbeitete man bis Sonnabend früh um 9 Uhr. Dann sah man ein, daß der eingeschlagene Weg nicht zum Ziel führen würde, da das Nachstürzen größerer Massen befürchtet werden mußte. Man entschloß sich deshalb, einen ganz neuen Ausweg neben dem alten herauszufinden. Um möglichst schnell zu den verschütteten Kameraden zu gelangen, wurde ein ganz enger Ushau hergestellt, eben breit genug, um einen Menschen in kriechender Lage durchzulassen. Schon bald begannen die Rettungsmannschaften die Gewißheit zu erlangen, daß die Verschütteten noch am Leben seien, die durch Klopfen und Rufen verständigt wurden. Das Rettungswert nahm aber längere Zeit in Anspruch, als man anfangs erwartet hatte. Für die Verschütteten wurde die Lage immer bedenklicher. Die Qualen des Hungers und Durstens stellten sich ein. Das Frühstück, das sie mit in den Schacht genommen hatten, lag an einem anderen Ort, durch die herabgestürzten Bergmassen von ihnen getrennt. Trinkbare Flüssigkeit war auch nicht zu erlangen. Da endlich, nach 93 Stunden, nahen die Befreier. Gegen 8 Uhr Dienstag früh, als man dem Schieferort bis auf 50 Meter nahegekommen war, wurde der Zugang zu ihm offengelegt, und die Eingeschlossenen konnten befreit werden. Beide verlangten dringend nach einem kühlen Trunk, der ihnen gewährt wurde. Über Lage konnte festgestellt werden, daß sowohl Nowack wie Holstein unverletzt und bei guter Gesundheit geblieben waren. Auf ärztliches Anraten brachte man beide in das Cirkeler Krankenhaus, wo sie sich bei sorgfamer Pflege in einigen Tagen wieder erholen werden.

Folgen des Alkohols. Der 30jährige Maurer Duprat in Paris tötete in der Trunkenheit mit einem schweren Hammer seinen Vater, verwundete Mutter und Schwester tödlich und brachte einer Cousine und zwei anderen Ver-

sonen schwere Verletzungen bet. Der Maschinenbeder wurde verhaftet.

Von einer Kunstschlerin erschossen. In einem Londoner Variete schoss Montagabend eine Kunstschlerin, namens Clementine, den Mann, der die Waffe hält, tödlich durch den Kopf. Clementine tritt seit vierzehn Jahren als Schützin auf.

Ein Schiffszusammenstoß ereignete sich nach einer Meldung aus New York bei Sandy Hook. Dort stieß der französische Dampfer "Finance" mit dem englischen Dampfer "Georgio" zusammen, "Finance" sank. Von 100 Passagieren werden 6 vermisst; außerdem 2 Mann der Besatzung.

Quittung.

Im Monat Oktober gingen folgende Parteibeiträge ein:

Nachen-Land-Gewerl. sozialdemokr. Verein 3. Quartal 08 57,84. Altona, sozialdemokr. Verein für den 8. und 10. schlesw.-holst. Wahlkreis 1. Quartal 1908/09 1832,26. Nachen-Stadt, sozialdemokr. Verein 3. Quartal 08 86,94. Groß-Berlin a conto seiner acht Wahlkreise 10 000.— Berlin, diverse Beiträge 478,95. Barmen K. 3. 2.— Breslau sozialdemokr. Verein Breslau Ost und West 3. Quartal 08 885,20. Bromberger Agitationsbezirk, Wahlkreise: Hohenfalka 3,50; Wirsig-Schubin 2,82; Bosen 18,34; Lissa 4,35; Nawitsch 3,50; Summa 32,51. Bergheim-Gustrichen, sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 08 16,16. Brandenburg-Weißhavelnland, Zentralwahlverein, Vierteljahrsbeitrag 288,66. Buchach i. S. 3. 10. Bern 50. Bonn = Rheinbach, Wahlkreisbeitrag 50. Biberach, Beitrag des 16. württembergischen Wahlkreises für das 3. Quartal 08 11,28. Chemnitz, S. 2. Garnstadt-Gudmigsburg, Wahlkreisbeitrag für das 3. Quartal 08 13,52. Grefeld, sozialdemokratischer Volksverein, für das 3. Quartal 08 196,08. Coblenz, Wahlkreisbeitrag für das 3. Quartal 08 28. Dresden-Land, 6. jährl. Wahlkreis 210.— Dresden-Alttstadt, soz.-dem. Verein für 3. Quartal 08 700.— Düsseldorf, soz.-dem. Verein für 1. Quartal 1908/09 453,55. Duisburg, Wahlkreisbeitrag 463,30. Dortmund-Hörde, Beitrag d. sozialdem. Verein 770.— Danzig, Beiträge der Provinz Westpreußen für das 3. Quartal 08. Wahlkreise: Elbing-Marienburg 20,56; Danzig-Land 12,90; Danzig-Stadt 128,12; Neustadt-Karthaus 3,72; Stuhm-Marienburg 9,64; Weisenberg-Löbau 2,56; Graudenz = Stralsburg 23,20; Thorn-Kulm 2,88; Schwetz 9,76; Königs-Tuchel 5,53; Schlochau-Platom 3,80; Gersent-Stargard 4.— Deutsch-Krone 6.— Summa 237,67. Essen a. d. Ruhr, sozialdemokratischer Verein für das 3. Quart. 08 533.— Elberfeld-Barmen, Wahlkreisbeitrag für das 3. Quart. 08 750.— Falkenberg (Oberchl.) 2,50. Freiberg, 9. jährl. Wahlkreis a. Konto des Reichsbeitrages für 1907/08 145.— Freiburg i. Br., sozialdemokr. Kreiswahlverein f. d. 5. badischen Kreis für 2. Quart. 08 33,90. Frankfurt a. M., zurückgezählter Zuschuß zur Landtagswahl 338,87. Goch-Gebern, Wahlkreis Goch-Gebern 22,55. Hedingen (Hohenzollern), Parteibeitrag 9,42. Hagen = Schwelm, sozialdemokratischer Verein

(darunter von Frauen 12,12) 488,84. Harburg, 17. hannov. Wahlkreis 1. Quart. 1908/09 800.— Halle und Saalkreis 500.— Jphoe, sozialdemokr. Zentralverein des 5. schlesw.-holsteinischen Wahlkreises für 3. Quartal 08 825,04. Köln a. Rhein Reg. W. 20.— Kattowitz, Parteibeitrag der P. B. S. für 3. Quart. 08 155,80. Leipzig, sozialdemokr. Verein des 12. sächs. Wahlkreises 1. Quart. 1908/09 500.— Lüneburg, sozialdemokr. Kreisverein des 16. hannov. Wahlkreises für das 3. Quartal 1908 38,50. Lüdenscheid, Zentralwahlverein des Wahlkreises Altena = Herforn für das 3. Quartal 1908 68,54. Memel-Hendeburg, sozialdemokratischer Verein 12,20. Mählfhausen im Elsaß, sozialdemokr. Kreisverein für 3. Quart. 08 93,44. M.-Glabbach, Wahlkreisbeitrag für 1. Halbjahr 08 84,15, bezügliche für 3. Quart. 08 41,62. Meerane, 17. sächs. Wahlkreis 125.— Mannheim, a. Konto der Beiträge des 11. bad. Wahlkreises 700.— Wülheim-Wipperfurth-Gummerbach, sozialdemokr. Wahlverein 100.— Nürnberg, für Mitgliedsbuch 3.— Nordhausen-Grafschaft Hohenstein, sozialdemokratischer Verein für 1. bis 3. Quartal 1908 228,15. Nordische Wasserwerke 53 637,40. Ottensen, sozialdemokr. Zentralwahlverein für den 6. schlesw.-holst. Wahlk. (Eimsh.-Pinneb.) 2. Quart. 08 1462.— Oldenburg, 1. oldenb. Wahlkreis, 3. Quartal 1908 129,85. Potsdam = Osthavelland, Wahlkreisbeitrag 152,83. Recklinghausen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 119,88. St. Johann a. Saar, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 1908 69,58. Saargemünd = Forbach, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 4,04. Solingen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 213 44. St. Johann, Rückzahlung der "Volksmacht" 600. Stuttgart, S. 11. 10.— Staßfurt, Wahlkreis Quedlinburg-Niederelbe-Galbe für 3. Quart. 08 204,70. Spende von einem Rumänen noch nachträglich für Opfer des russischen Befreiungskampfes 300.— Triberg, sozialdemokr. Verein für 2. badischen Wahlkreis 30.— Tönning 89,60. "Vorwärts"-Aberschuß 3. Quartal 08 44 855,85. Wiesbaden, Wahlkreisbeitrag für das 3. Quartal 08 130.— Weimar, 1. weimarischer Kreis 3. Quartal 08 99,50. Würzburg, S. W. 3.— Zittau, sozialdemokr. Verein des 1. sächsischen Wahlk. für das 3. Quart. 08 191,46.

Berlin, den 14. November 1908.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69

Schiffsbewegung.
D. Finland, Kap. Blomberg, ist Donnerstag vormittag von Wda auf hier abgegangen.
D. Gothia, Kap. A. Vandergren, ist Donnerstag morgen von Kalmar auf hier abgegangen.
D. Schach-Steenberg ist Donnerstag nachmittag von Kotta auf hier abgegangen.
D. Germanla, Kap. Dellgren, ist Donnerstag morgen von Hallta auf hier abgegangen.
D. Dora, Kap. G. Beth, ist Donnerstag morgen von Memel auf hier abgegangen.
D. Wiborg, Kap. B. H. Karstedt, ist heute früh von Traonsund nach Lübeck abgegangen.
D. Imatra, Kap. E. Bierow, ist Donnerstag nachmittag in Kotta angekommen.

Literarisches.

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 4 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Schandthat, die Kampf! — Der Arbeiterinnenschuß in der Kommission des Reichstags. 1. Von G. h. — Die Landtagswahlen in Niederösterreich. Von Adelheid Bopp. — Die Ausperrung in der Baumwollindustrie in Lancashire. Von H. Jäckel. — Von der sozialistischen Jugendbewegung in der Schweiz. Von h. h. — Zur Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte in Baden. Von Th. H. — Hexenglauben und Hexenprozesse. Eine kulturhistorische Skizze von Anna Mos. (Fortsetzung). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Sechste Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. H. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Chor der Toten. Von C. F. Meyer. — Robert Owen als Erzieher. — Das Auge des Kindes. Von Dr. Richard Sühmann. — Die Mutter als Erzieherin. — Feuilleton: Der Arbeit Tag. Von Ernst Brezgang. — Owens Stellung zur Frauenfrage. — Der Haisel-Lösel. Von Ludwig Anzengruber. (Fortsetzung). Für unsere Kinder: Spruch. Aus Goethes "Faust". — Aus der Schule: Stadtmans und Feldmans. Von Brand. — Herbsttage in den Bener Alpen. Eine Hundegeschichte. Von F. B. Widmann. — Meerestrand. Von Theob. Storm. (Gebicht). — Stiefel auf der Reise. Von Ernst Almsloh. — Zwei Treibhauspflanzen. Von Hebe. (Schluß). — Die kleine Dey. (Gebicht).

Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Mittwoch, 25. November.
D. Livland, Kap. Ertmann, von Riga in 53 St.
D. Rajaben, Kap. Stenfelt, von Kopenhagen in 14 St.
Fehmarn, Kap. Schacht, von Fehmarn in 3 1/2 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Mittwoch, den 25. November.
D. Dania, Kap. Alfrson, nach Halmstad.
D. Seadler, Kap. Mews, nach Wismar.
D. Meta, Kap. Ehler, nach Fehmarn.
Nise, Kap. Lörgo, nach Riga.

Ein freundliches Logis zu vermieten. Reiferstraße 46.

Ein Logis zu vermieten. Birkenstr. 4. b. d. Schulstraße.

Zum 1. Januar noch einige der Neuzeit entprechende Dreiflügel-Wohnungen zu vermieten. Lilienstr. 11. Näheres dabei.

Gesucht zum 1. April 1909 ein Schuhmacherlehrling. Baurenfeind, Mühlenstraße.

Gesucht ein Pausburische außer der Schulzeit. In der Mauer 104.

Zu Ötern oder früher ein Tapezierlehrling. Fr. Rehm, Johannisstr. 41.

Jünger verh. Mann sucht Stellung als Kutcher oder sonstige Arbeit irgend welcher Art. Näh. Lg. Lohberg 66, 1.

Zu sofort gesucht geübtes Mädchen für die Buchbinderei. Werner & Hörnig, Königsstr. 47.

Ganze und halbe Flaschen kauft J. Höpner, Beckergasse 69.

Ein ganz neuer Gehrock-Anzug f. mittlere Figur, Oberw. 96, ist billig zu verkaufen. Löhstr. 18.

Damen-Winter-Jackett billig z. verk. Wägenhoffer, 6.

Ein fast neues Kohleneisen und zwei gußeiserne Plättchen billig zu verkaufen. Wägenhoffer, 39, II.

Ein Badeofen zu verkaufen. Kornwägenstr. 41.

Ein gut erhaltener Babbock und ein Kinderklappstuhl zu verkaufen. Kanalstr. 4. Nitzel I, recht.

Eine neue Herrenuhr, passend als Weihnachtsgeschenk, Preis 5 Mk. u. eine Herrenuhr. Schlafstraße, Preis 1 Mk.

Waffenkammer 5a, 1. Sonnabend und Sonntag sehen Herfel zum Verkauf. Krögers Gasthof, Schwartau.

Verloren eine Stricktasche mit schwarzem Strumpf u. roten Ringeln. Bitte abzugeben Watendorferstr. 5.

Bis Weihnachten! Jeden Sonnabend und Sonntag: Feinste 5, 6, 7, 8 und 10 Pig.-Zigarren.

Bei 10 Stück zwei Stück gratis. Eugen Stutzer, Gewerbestraße 25.

Surta 2 Fuhren d. Weiden zu Spanforben habe abzugeben.

Holzpaantoffel erhalten Sie nirgends billiger und besser als nur Gr. Burgstr. 53. Note Lubeca-Marken.

Billig!	Billig!
ii. Weizenmehl Pfd. 16 Pfg.	
bei 5 Pfd. " 15 "	
Kartoffelmehl " 15 "	
ii. gem. Zucker " 21 "	
Kaffeebohnen " 20 "	
kleine Kaffeebohnen " 45 "	
Linien " 20 "	
Sehr schöne Pfannen " 18 "	
u. u. u. u. u.	
Große Partien Käse billigt.	
Fleischwaren:	
ii. Kohlwurst Pfd. 60 Pfg.	
ii. Braunschweiger " 50 "	
ii. Geflügel " 75 "	
Fetten u. mag. Speck Pfd. 75 u. 85 "	
Dieses Rauchfleisch Pfd. 85 "	
u. u. u. u. u.	
Noch bis auf weiteres die	
Gratis-Verteilg. auf Margarine.	
Bitte Schaulenker beachten.	
C. Burckhardt, Hügelstraße 40.	
NB. 3 gr. Stana. Vanille m. Gl. 14 Pf.	

E. BOY, Königsstr. 61, Markthalenstand 46.

Sonnabend früh eintreffend: Hamburger Zitat, Pfd. 10 und 20 Pfg.

Achtung! Heute nachmittag von 5 Uhr an: Frische Berliner Blut- u. Leberwurst per Stück 10 Pfg. Wurstsuppe gratis!

Carl Junge, Bahmstr. 14.

Empfehle: Prima fettes Ochsenfleisch pro Pfd. 60 Pfg.

iwie jämtl. Fleisch- u. Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen. F. Rewohl, Dornestr. 34.

Empfehle: Prima Queenfleisch, Hammelfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Rauchstücke und Kohlwurst, iwie sämtliche Sorten Wurst. F. Köhn, Ziegelstr. 23b.

Von heute ab bis auf weiteres: Prima Lammfleisch (Zählingstämmer) per Pfund nur 60 Pfg. Keule und Rücken 70 Pfg. Jobs. Ratze jun., Fleischhauerstraße 60. Sonntag 1481.

Ia Ziegenfleisch Pfund 30 Pfg. 50 Bahmstr. 50.

Nur Königstraße 127 bei der Mühlenstr.

Goch. ger. Mettwurst p. Pfd. 110 M. ff. Tilfiter Käse Pfd. 20-30 Pfg. ist vollfett. Tilfiter Käse Pfd. 60 "

Limburger Käse feinste Qualität pr. Pfd. 55 "

Nur Königstraße 127 bei der Mühlenstr.

- Empfehle diese Woche:
- la. ja. fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
 - „ Bratenstücke Wd. 65 Pfg
 - „ Beefsteak Pfd. 1.00 Mk.
 - „ Roulfleisch Pfd. 80 Pfg.
 - „ Gulasch „ 70 "
 - „ Gehacktes „ 70 "
 - „ Schweinefleisch v. 70 Pfg. an
 - „ dicke Flomen Pfd. 80 Pfg.
 - „ Kalbfleisch „ 50 "
 - „ Keulen „ 60 "
 - „ Hammelfleisch „ 60 "
 - „ Keule „ 70 "

F. Schröder, Königsstraße 48 b.

Prima dicke Flomen, Schweinefleisch Pfund 75 Pfg., Kalbfleisch 50 Pfg., kleine Rauchstücke 85 Pfg., ger. Mettwurst 80 Pfg. u. 1.00 Mk., Schinken- und 90 Pfg., Kohlwurst 70 Pfg., frisches Roulfleisch 40 Pfg., Schwarzwurst 10 Pfg., Größ- und Brodwurst Stück 10 Pfg.

Prima Kuheuter per Pfund 40 Pfg. M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Kl. Rauchstücke Kasseler Rippespeer Ger. Nacken Kohlwurst.

Jeden Sonnabend 5 Uhr: Heiße Knackwurst.

Oscar Keil Schlachtere i. Wurstmageri m. elektr. Belr. Schwart. Allee 65, Ecke Westhoffstr. Fernsprecher 1447.

Prima dickes Queenfleisch Pfund nur 60 Pfg. iwie sämtliche anderen Fleisch- und Wurstwaren zu äußerst billigen Preisen.

1. Fleischwarenhaus Hügelstraße 79. Z. 2228. Vertreter: Willy Stapelfeldt.

1 Hose gratis zum Anzug od. Paletot im Kredit-Kasten Haus untere Johannisstr. 70, I.

Möbel Abzahl. v. 1 Mk. an	Garderob. Abzahl. v. 1 Mk. an	Betten Abzahl. v. 1 Mk. an
---------------------------	-------------------------------	----------------------------

Heinr. Beckmann Schuhwarenlager Reiferstr. 6. Galtstiefel gute Qualität 9.50 u. 10.50. Kniestiefel prima Rindl. 12.50 u. 14.75. Herren-Schuh- und Schnallen-Stiefel 6.00 u. 6.50. Herren-Schuh- und Schnallen-Schuhe 4.50 4.90 u. 5.90. Knabenst. Röh- u. Rindl. Nr. 27-30 31-35 36-40 Mädchenst. „ „ „ „ 3.50 4.25 5.50. Sämtliche warme Winterfächer, sowie Vogelfuß-Stiefel für Herren, Damen und Kinder billig. Note Rabattmarken. Reparaturen schnell und billig. Handarbeit.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel kaufen Sie billig und recht bei Markt Otto Albers Kohlm. 4. 10. 4. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an. Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk. 100 Rote lubeca-Marken. 00

Schwartau = Hensfeld. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der Bildungsschule nehmen am Sonntag eine Besichtigung der Lübecker Genossenschaftsbäckerei vor. Abmarsch vom Marktplatz in Schwartau abends 8 1/2 Uhr. Rückfahrt von Lübeck mit dem Zuge 9,12 Uhr abends. Der Bildungsausschuß.